



Europäische
Kommission

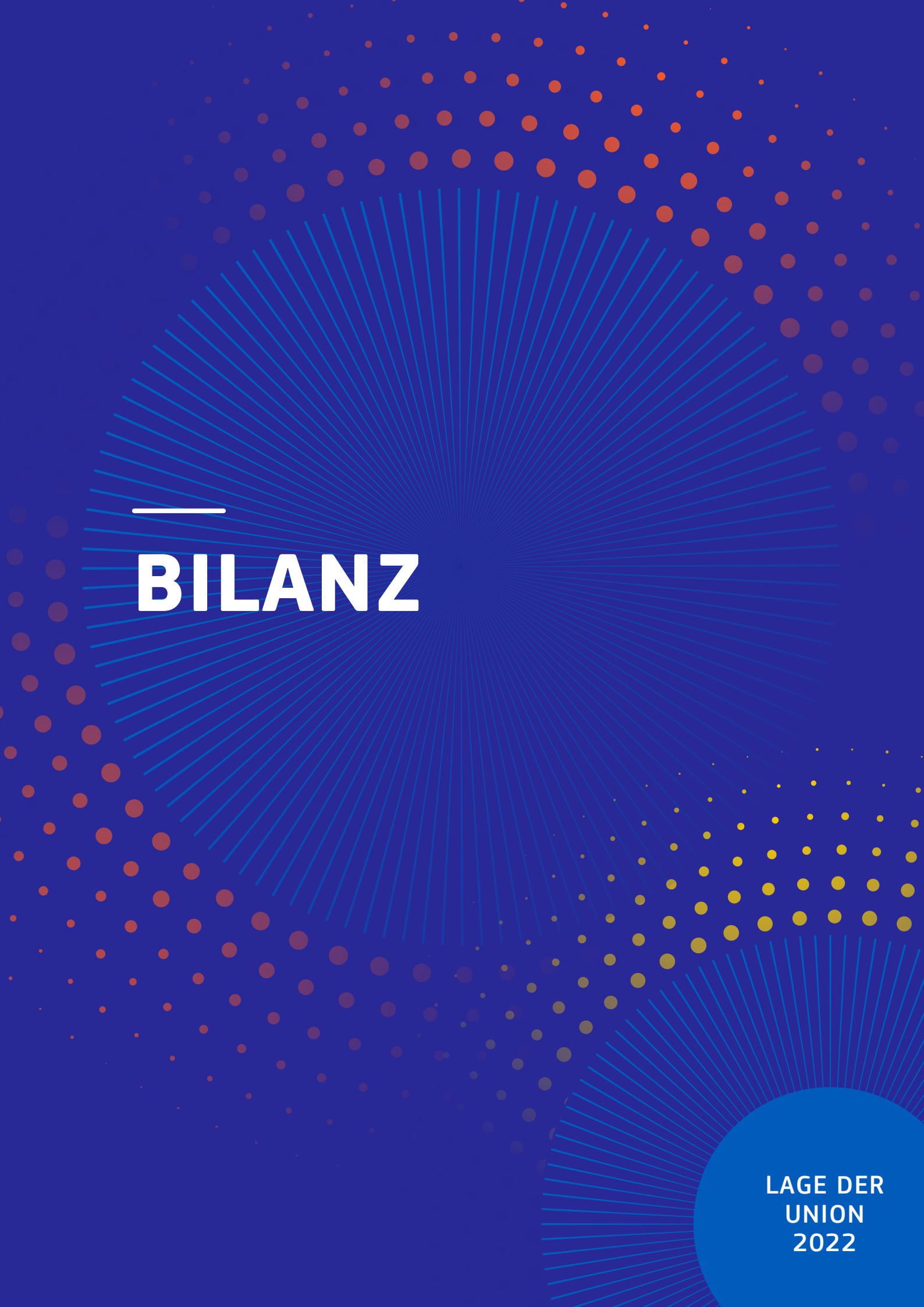
LAGE DER UNION

2022

KOMMISSION VON DER LEYEN

#SOTEU

DE



--- BILANZ

LAGE DER
UNION
2022

INHALT

- 1. EUROPA STEHT DER UKRAINE
BEI – FÜR DEMOKRATIE UND
FRIEDEN 6**
- 2. DIE PANDEMIE SOLIDARISCH UND
MITHILFE DER WISSENSCHAFT
ÜBERWINDEN 18**
- 3. FÜHRUNGSROLLE BEIM GRÜNEN,
DIGITALEN UND GERECHTEN
WANDEL 24**
- 4. DIE PFEILER DER EUROPÄISCHEN
DEMOKRATIE 37**

EINE ZUKUNFTSWEISENDE GESCHICHTE KRISENFESTER DEMOKRATIE

Im Dezember 2019 schlug die Kommission von der Leyen einen neuen und **ehrgeizigen Kurs** ein – **zu einer grüneren, stärker digitalisierten und gerechteren Europäischen Union**. Im Angesichte zweier historischer Ereignisse in der Welt – die Coronavirus-Pandemie und Russlands grausamer Krieg gegen die Ukraine – steht Europa zusammen, sowohl bei der Bekämpfung des Virus als auch bei der Unterstützung des Volks der Ukraine. Dabei haben wir unseren mutigen Kurs voran nicht nur gehalten, sondern das Tempo noch beschleunigt. Gemeinsam gestalten wir die Zukunft.

Europas Reaktion auf die beiden epochalen Krisen unserer Zeit war für die Welt vielleicht überraschend. Zuerst kam COVID-19. Die Pandemie hat uns schwer getroffen, aber gemeinsam haben wir unzählige Menschenleben gerettet und unserer Wirtschaft in Rekordzeit dazu verholfen, sich wieder zu erholen. Dank der Impfstrategie der Europäischen Kommission haben **83,4 % der Erwachsenen in der EU eine Erstimpfung (eine oder zwei Dosen)** gegen Corona erhalten. Die EU ist der weltweit größte Lieferant von COVID-19-Impfstoffen. Und mit dem digitalen COVID-Zertifikat der EU, das zu einem globalen Standard geworden ist, haben wir das Grundrecht auf Freizügigkeit geschützt.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die Kommission massiv Mittel auf den Kapitalmärkten mobilisiert, um den wirtschaftlichen Aufbau und Reformen in den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Unser Aufbauplan **NextGenerationEU** hat Familien, Unternehmen und Investoren in der EU neues Vertrauen in die Zukunft gegeben. Unsere Reaktion auf die Pandemie hat nicht nur unsere Widerstandskraft gegen COVID-19 und künftige Bedrohungen der Gesundheit gestärkt, sondern auch die Belastbarkeit der Demokratie und der Wirtschaft in Europa.

Dann kam Russlands nicht provozierter und ungerechtfertigter Angriff auf die Ukraine. Ein ganzer Kontinent hat sich mobilisiert, um das Volk der Ukraine zu unterstützen. Mit beispielloser Geschwindigkeit und Einigkeit verhängte die EU strenge Sanktionen gegen Wladimir Putins Kriegsmaschinerie. Die **Sanktionen**, die von Partnern aus der ganzen Welt unterstützt werden, **treffen die russische Wirtschaft schwer und schaden der Fähigkeit des Kreml, Krieg zu**

Die Antwort der Europäischen Union auf die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, **beruht auf demokratischen Werten, den Zielen für nachhaltige Entwicklung** und einer Wirtschaft im Dienste der Menschen.



führen. Wir haben den Zugang Russlands zum internationalen Finanzsystem eingeschränkt, indem wir es aus SWIFT ausgeschlossen haben. Wir frieren die Vermögenswerte der mit dem Kreml verbundenen Oligarchen ein und beschlagnahmen sie, und wir legen den militärisch-industriellen Komplex Russlands lahm, indem wir ihm den Zugang zu fortschrittlichen Technologien abschneiden.

Zugleich hat die Kommission **REPowerEU, Europas wegweisenden Plan zur Beendigung seiner Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland**, vorgelegt. Wir diversifizieren unsere Energieversorgung, steigern die Energieeffizienz und beschleunigen den Ausbau erneuerbarer Energie. Der grüne Wandel ist nicht nur gut für unsere Gesundheit und für den Planeten, sondern er stärkt auch die Energieversorgungssicherheit Europas. Wenn Putin Europa spalten wollte, hat er genau das Gegenteil erreicht. Die EU ist geeinter denn je, und wir stehen in diesem Krieg zusammen.

Die Antwort der Europäischen Union auf die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, beruht auf demokratischen Werten, den Zielen für nachhaltige Entwicklung und einer Wirtschaft im Dienste der Menschen. Der **Arbeitsmarkt der EU ist so robust wie seit Jahrzehnten** nicht mehr, da die Kommission den Mitgliedstaaten während der Lockdowns geholfen hat, Arbeitskräfte und Unternehmen zu unterstützen. Und mit NextGenerationEU investieren wir in Industrie, Infrastruktur und Arbeitsplätze in Europa. Mit dem Vorschlag für ein **europäisches Chip-Gesetz** beispielsweise bauen wir auf der erstklassigen europäischen Halbleiterforschungsbasis auf, um die Spitzenproduktion voranzutreiben. **Global Gateway**, Europas neue globale Investitionsstrategie, trägt dazu bei, einen gerechten grünen und digitalen Wandel weltweit voranzutreiben.

Die letzten zweieinhalb Jahre haben bestätigt, dass **Europas Stärke in seiner Einheit liegt** und dass diese Einheit auf unseren gemeinsamen demokratischen Werten beruht: unser Engagement für die grundlegenden Menschenrechte; Schutz einer freien und unabhängigen Presse; Wahrung der Rechtsstaatlichkeit sowie Gleichstellung von Frauen und Männern, Land- und Stadtbevölkerung, Jung und

Alt. Wie auch immer man sich selbst definiert, in Europa steht es jedem und jeder frei, man selbst zu sein. An der Demokratie muss jeden Tag aufs Neue gearbeitet werden, und dafür müssen alle frei sprechen können. Auf der **Konferenz zur Zukunft Europas**, die am 9. Mai 2022 endete, wurde dieses umfassende Potenzial von Kreativität und Energie genutzt, um die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, die Zukunft unserer Europäischen Union zu gestalten. Die Kommission hat zugehört, und jetzt ist es an der Zeit, Ergebnisse zu liefern.

Tüber die Geschichte Europas spannt sich ein Bogen, und er neigt sich in Richtung Demokratie und Einheit. Von der Niederlage des Faschismus 1945 bis zum Ende der Diktaturen in Griechenland und auf der Iberischen Halbinsel in den 1970er Jahren, vom Fall der Berliner Mauer 1989 und der Aussöhnung zwischen Ost und West bis zum **Kampf der Ukraine** gegen die Aggression Russlands und **für Freiheit und Demokratie** gibt es eine beständige, langfristige Entwicklung zu mehr Demokratie in Europa. Und jedes Mal, wenn sich ein Wandel vollzieht, sind es die **Menschen, die diesen Wandel herbeiführen – ihre Stimmen, ihr Mut und ihre Forderungen nach Gerechtigkeit.** Das ist die Geschichte der Europäischen Union. Das ist es, was uns in Europa stark macht und was uns Vertrauen in die Zukunft gibt.



1. EUROPA STEHT DER UKRAINE BEI – FÜR DEMOKRATIE UND FRIEDEN

BEDEUTUNGSVOLLE SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE

Millionen Menschen aus der Ukraine, die durch Putins Bomben gewaltsam von ihren Familien getrennt und aus ihrem Land vertrieben wurden, haben Zuflucht in der Europäischen Union gesucht. Die Kriegsszenen sind verheerend. Aber der unerschrockene Widerstand der Ukraine und die Bilder der Menschen in der EU, die die Flüchtlinge aufnehmen, zeigen ein anderes Bild – sie erzählen uns eine Geschichte der Hoffnung. **Die Ukraine und die Europäische Union standen nie enger zusammen.** Bis die Flüchtlinge wieder sicher nach Hause in die Ukraine zurückkehren und ihr unabhängiges und demokratisches Land in Frieden wieder aufbauen können, werden wir sie willkommen heißen und unterstützen. Denn sie gehören zu unserer europäischen Familie.

Erste Priorität der Reaktion der Europäischen Union ist der Schutz der ukrainischen Zivilbevölkerung. In Zusammenarbeit mit unseren Partnern vor Ort sorgt die Kommission für die **Bereitstellung humanitärer Hilfe** und die Öffnung humanitärer Korridore, die eine freie und sichere Evakuierung gewährleisten. Bis Juni 2022 hat die EU mehr als 348 Mio. EUR humanitäre Hilfe für die Ukraine geleistet – beispielsweise für Nahrungsmittel, Wasser, Unterkünfte und Gesundheitsversorgung für die Bedürftigsten.

Seit Beginn des brutalen Angriffs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurden **über 8,2 Millionen Menschen aus der Ukraine in der EU registriert**, hauptsächlich Frauen, Kinder und ältere Menschen. Die überwältigende Solidarität der Bürgerinnen und Bürger der EU mit den ukrainischen Flüchtlingen

– insbesondere in den an die Ukraine angrenzenden Mitgliedstaaten (Polen, Rumänien, die Slowakei und Ungarn), aber auch sonst überall in der Union – hat auf bestmögliche Weise die Werte und die Offenheit Europas gezeigt. Die meisten ukrainischen Flüchtlinge – mehr als 5,24 Millionen – sind nach Polen geflohen, und die Menschen in Polen haben ihre Herzen, Häuser und Städte für sie geöffnet, um ihnen Schutz zu geben.



Einige Bürgerinnen und Bürger in **Warschau** haben das Geschäft „Puławska 20“ gegründet, um kostenlose Lebensmittel, Kosmetika und Kleidung für ukrainische Flüchtlinge und Binnenvertriebene zu sammeln und auszuliefern.

Mehr als 4 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben vorübergehenden Schutz in der EU beantragt



Am 2. März 2022 hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union die **Richtlinie über vorübergehenden Schutz** zu aktivieren. Dies bedeutet, dass ukrainische Flüchtlinge in der EU sofort uneingeschränkten Schutz genießen:

Kiril Slavov, ein junger taubstummer Bulgare, der in Stockholm aufgewachsen ist, hilft Gehörlosen aus der Ukraine, vor dem Krieg zu fliehen und ein neues Leben in **Sofia** zu starten. Er übersetzt für sie in internationale Gebärdensprache und hilft ihnen bei der Arbeitssuche.



Die Kommission hat rasch und solidarisch gehandelt, um die EU-Mitgliedstaaten vor Ort zu unterstützen. Mit **CARE** (Kohäsionsmaßnahme für Flüchtlinge in Europa) können die Mitgliedstaaten EU-Kohäsionsfonds nutzen, um Flüchtlingen Soforthilfe zu leisten. Aus dem Pandemie-Kriseninstrument **REACT-EU** wurden den Mitgliedstaaten auch unverzüglich 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Im Juni 2022 nahm die Kommission den FAST CARE-Vorschlag an. Damit

würden weitere 3,5 Mrd. EUR an Vorfinanzierungszahlungen für die Mitgliedstaaten bereitgestellt. Zudem sollten mindestens 30 % der entsprechenden Mittel für Vorhaben verwendet werden, die von lokalen Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt werden, die sich mit Migrationsfragen befassen.



Im Rahmen der **bislang größten Mobilisierung des Katastrophenschutzverfahrens der EU** haben die 27 Mitgliedstaaten zusammen mit Nordmazedonien, Norwegen und der Türkei **mehr als 66 000 Tonnen Hilfsgüter** für die Ukraine bereitgestellt – darunter Nahrungsmittel, Verbandskästen und Schutzkleidung, aber auch strategische Ausrüstung wie mobile Krankenhäuser, Energieversorgungs-ausrüstung und Feuerwehrfahrzeuge im Wert von über 425 Mio. EUR. Auch medizinische Bestände aus der EU wurden im Rahmen von **RescEU** in die Ukraine transportiert: Beatmungsgeräte, Infusionspumpen, Patientenmonitore, Masken und Kittel, Ultraschallgeräte, Sauerstoffkonzentratoren und vieles mehr. Angesichts der Größenordnung dieser Hilfsmaßnahmen hat die EU in den Nachbarländern Polen, Rumänien und Slowakei Logistikzentren eingerichtet, um die Lieferungen zu koordinieren. Ferner wurden in der Ukraine zwei EU-finanzierte Lager für humanitäre Hilfsgüter sowie Logistikoperationen eingerichtet.

Am 11. März 2022 wurde die erste Medevac-Operation eingeleitet. Seitdem wurden mithilfe des EU-Katastrophenschutzverfahrens mehr als 1000 Patienten aus der Ukraine, die einer kontinuierlichen Behandlung oder dringenden medizinischen Versorgung bedürfen, in Krankenhäuser in der EU überstellt. Die rescEU-Flotte der EU wurde um ein **neues medizinisches Evakuierungsflugzeug** erweitert, um ukrainische Patienten, die dringend medizinische Hilfe brauchen, befördern zu können.

Zugleich intensivierte die Kommission ihre Bemühungen, sowohl die ukrainischsprachige als auch die russischsprachige Gemeinschaft zu erreichen, wobei ein besonderer Schwerpunkt darauf lag, die Flüchtlinge über die Unterstützung durch die EU zu informieren. Die Kommission hat schnell eine **spezielle Website zur Solidarität mit der Ukraine** eingerichtet – zum ersten Mal eine Website, die auf Ukrainisch und auf Russisch zur Verfügung steht. Um die Menschen in der Ukraine und die russischsprachige Zielgruppe direkt zu erreichen, richtete die Kommission außerdem ein Telegram-Konto ein. Die Europe-Direct-Kontaktzentren haben im Zusammenhang mit der Krise in der Ukraine und der Notlage von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen rund 10 000 Fragen beantwortet.

Nach der Aufforderung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj haben die Europäische Kommission und Kanada in Partnerschaft mit der Bürgerplattform Global Citizen Führungsspitzen aus aller Welt versammelt und am 26. März 2022 die **Geberinitiative „Stand Up for Ukraine“** ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative wurden rasch **9,1 Mrd. EUR für Menschen mobilisiert, die vor der russischen Invasion fliehen**, darunter 1 Mrd. EUR von der Kommission und weitere 1 Mrd. EUR von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Diese bedeutungsvolle Solidarität der EU und ihrer Bürgerinnen und Bürger wird so lange anhalten, wie die Menschen aus der Ukraine unsere Unterstützung benötigen. Wir tun dies, weil das Volk der Ukraine nicht nur für seine eigene Freiheit eintritt, sondern auch für unsere europäischen und demokratischen Werte.

SANKTIONEN: DEMOKRATIEN GESCHLOSSEN GEGEN DIE AUTOKRATIE

Als unmittelbare Reaktion auf die Anerkennung der separatistischen Gebiete der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk durch Russland am 21. Februar 2022 und Russlands Militärangriff auf die Ukraine am 24. Februar **verhängte die EU drastische Sanktionen** gegen die russische Wirtschaft und die in den Krieg verwickelten Organisationen und Personen. Die Europäische Union, ihre Partner und Unternehmen weltweit haben prompt und energisch gehandelt, um Russland wirtschaftlich zu isolieren und Putins Kriegsmaschinerie zum Stillstand zu bringen. Wir stehen an der Seite der Ukraine und an der Seite der Demokratie im Kampf gegen die Autokratie, auf der Seite des Rechtsstaats gegen das Recht des Stärkeren und auf der Seite einer gerechten und friedensbestimmten internationalen Ordnung anstatt Aggression und Chaos.

Das Vorgehen Russlands stellt eine Verletzung universeller Werte und des Völkerrechts dar, die die internationale Gemeinschaft nicht zulassen kann. Am 2. März 2022 stimmten **die Vereinten Nationen** mit überwältigender Mehrheit dafür, die Invasion Russlands in die Ukraine zu verurteilen: 141 der 193 Mitgliedstaaten stimmten für die Entschließung bei 35 Enthaltungen, und nur 5 Länder unterstützten Russland..

Seit Beginn des Krieges hat die EU **sechs beispiellose Sanktionspakete** angenommen, um die Finanzierung des Krieges durch den Kreml lahmzulegen und Druck

auf das russische Regime auszuüben. Diese Sanktionen betreffen den Finanz-, den Energie- und den Verkehrssektor sowie die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, die Visumpolitik, Desinformationskanäle für die Kriegspropaganda des Kreml und russische und belarussische Personen und Organisationen, die mit Putins Krieg in Verbindung stehen. Im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht enthalten die Sanktionsregelungen der EU **Ausnahmen aus humanitären Gründen**.

Wir stehen an der Seite der Ukraine und der Demokratie im Kampf gegen die Autokratie.

Die Sanktionen der EU sind deshalb so wirksam, weil sie in Abstimmung mit gleich gesinnten Partnern in der ganzen Welt umgesetzt werden. **Mehr als 40 Länder**, auf die fast die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts entfällt, wenden Sanktionen gegen Russland an, darunter Japan, Kanada, Liechtenstein, Norwegen, Singapur, Südkorea, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten sowie Nachbarstaaten und Beitrittskandidaten, insbesondere im Westbalkan.

Die Sanktionen schneiden Russlands Zugang zu Finanzmitteln auf den globalen Kapitalmärkten ab und schwächen allmählich die industrielle Basis Russlands, insbesondere seinen militärisch-industriellen Komplex. **Wichtige russische Banken wurden aus dem SWIFT-System** – dem weltweit vorherrschenden Zahlungsverkehrssystem – **ausgeschlossen**, darunter auch die Sberbank, die größte russische Bank, sodass Russland im Wesentlichen von den globalen Finanzmärkten isoliert ist. Außerdem hat die EU die Devisenreserven, die Russland in der EU hält, gesperrt.

Allein in den ersten drei Monaten des Krieges haben die **EU-Mitgliedstaaten** – zusätzlich zur Sperrung der Reserven der Russischen Zentralbank in Europa – **Vermögenswerte in Höhe von 12,5 Mrd. EUR eingefroren**, z. B. Finanztransaktionen, Immobilien, Kunstwerke, Autos und Yachten. Insgesamt sind **1212 Personen und 108 Organisationen** wegen ihrer Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben, vom Einfrieren der Vermögenswerte und von Reiseverboten betroffen. Zur Durchsetzung dieser Sanktionen hat die Kommission zügig die

EU-Mitgliedstaaten, Europol und Eurojust zusammengebracht und die **Taskforce „Freeze and Seize“ eingerichtet**. Die Taskforce bietet den Mitgliedstaaten Gelegenheit, Informationen und Erfahrungen auszutauschen, sowie Hilfestellung bei der Durchsetzung der Sanktionen. Sie arbeitet eng mit der internationalen Taskforce „Russian Elites, Proxies, and Oligarchs“ zusammen, in deren Rahmen die EU mit den G7-Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigte Staaten und Vereinigtes Königreich) und Australien gemeinsam operiert. Die Kommission hat ferner vorgeschlagen, das Unterlaufen restriktiver EU-Maßnahmen in der EU unter Strafe zu stellen und die Vorschriften für die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten zu verschärfen.

Die bestehenden Ausfuhrkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck wurden ebenfalls erheblich verschärft, um sensible Bereiche des militärisch-industriellen Komplexes Russlands gezielt zu schwächen. Dadurch wird der **Zugang Russlands zu fortgeschrittenen Technologien eingeschränkt, die für seine Sicherheit und Verteidigung von entscheidender Bedeutung sind** – z. B. Drohnen und deren Software, Software für Verschlüsselungsgeräte sowie Halbleiter und fortgeschrittene Elektronik. Durch die Sanktionen werden die technologischen Fähigkeiten Russlands und die Modernisierungsfähigkeit seiner Wirtschaft verschlechtert.

Im Einklang mit dem Regelwerk der Welthandelsorganisation wurden im Rahmen der Sanktionen **Ausfuhrverbote nach Russland verhängt**, d. h. für Stahl, Düsenkraftstoff, Halbleiter, Chemikalien und andere für die industrielle Basis Russlands unerlässliche Waren. Gleichzeitig haben wir **Einfuhrverbote** verhängt, um den Einnahmeströmen für Russland und seine Oligarchen entgegenzuwirken, und zwar für Waren, die von Holz über Zement und von Meeresfrüchten (Kaviar) bis zu Spirituosen (Wodka) reichen und über die Hälfte dessen ausmachen, was wir vor dem Krieg aus Russland importierten.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beim G7-Treffen auf Schloss Elmau



Damit die Sanktionen Wirkung zeigen können, musste die EU **Transportwege** zwischen Russland und der EU **schließen**. Zwei Schlüsselbereiche in diesem Zusammenhang waren die Schließung des EU-Luftraums für alle in russischem Besitz befindlichen, in Russland registrierten oder von Russland kontrollierten Luftfahrzeuge und das Ausfuhrverbot für Waren, Dienstleistungen und **Technologien für die Luft- und Raumfahrtindustrie**. Drei Viertel der derzeitigen gewerblichen Luftfahrtflotte Russlands wurden in der EU, Kanada oder den Vereinigten Staaten gebaut. Zu den Sanktionen gehören auch ein vollständiges Verbot der Tätigkeit russischer und belarussischer Expeditionen in der EU und eine Sperrung der Häfen für die gesamte russische Handelsflotte. Es gelten jedoch bestimmte Ausnahmen für lebensnotwendige Güter wie landwirtschaftliche Erzeugnisse und humanitäre Hilfe.

Belarus unterstützt die Invasion der Ukraine, indem es dem russischen Militär Operationen von seinem Hoheitsgebiet aus gestattet. Deshalb hat **die EU ebenfalls ihre Sanktionen gegen Belarus verschärft**. Seit Oktober 2020 hat die EU in Reaktion auf die inakzeptable Gewalt der belarussischen Behörden gegen friedliche Demonstranten und die Instrumentalisierung von Migranten an der EU-Außengrenze im Jahr 2021 schrittweise restriktive Maßnahmen gegen Belarus verhängt. Die Wirtschaftssanktionen gegen Belarus, die nun knapp 70 % aller belarussischen Ausfuhren in die EU betreffen, koppeln auch drei belarussische Banken vom SWIFT-System ab. Gleichzeitig hat die EU die belarussische Bevölkerung weiter unterstützt und seit Sommer 2020 Hilfe in Höhe von fast 65 Mio. EUR bereitgestellt. Dies schließt Soforthilfe für die Zivilgesellschaft und die Opfer staatlicher Unterdrückung ein.

Die Einnahmen aus Energieexporten machen einen erheblichen Teil der Kriegskasse Russlands aus. Um den Cashflow nach Russland einzudämmen, **verhängte die EU folgende Sanktionen gegen den russischen Energiesektor**:

- Ein Importverbot für auf dem Seeweg transportiertes russisches Rohöl und russische Erdölprodukte. **Durch das Verbot werden 90 % der derzeitigen Erdölimporte Europas aus Russland erfasst.**

- Verbot des Exports von Gütern und Technologien für die Erdölraffination nach Russland. Die EU **macht es Russland damit unmöglich, seine Erdölraffinerien zu modernisieren.**
- Verbot für EU-Unternehmen, Versicherungs- und andere Finanzdienstleistungen für Schiffe anzubieten, die russische Erdölprodukte befördern. Dies wird die **Fähigkeit Russlands, Erdölprodukte zu exportieren, weltweit deutlich schwächen.**
- Stopp neuer Investitionen in den russischen **Energiesektor.**
- **Embargo gegen sämtliche Kohleimporte aus Russland.** Dies betrifft ein Viertel aller russischen Kohleexporte, was einem Einnahmenverlust von rund 8 Mrd. EUR pro Jahr für Russland entspricht.

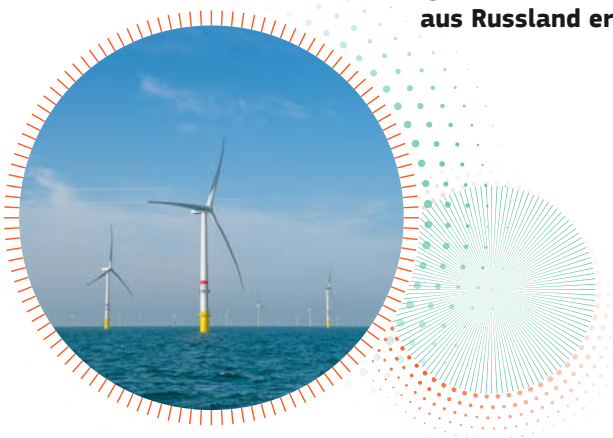
Darüber hinaus gibt die Kommission die Richtung vor und setzt Impulse, damit die EU ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland einschließlich russischem Gas vollständig beseitigt und den grünen Wandel in Europa beschleunigt.

ENERGIEVERSORGUNGS- SICHERHEIT UND GRÜNER WANDEL

Am 18. Mai 2022 stellte die Europäische Kommission **REPowerEU** vor – **den bahnbrechenden Plan der EU, ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland schrittweise zu beseitigen**, indem der Ausbau der erneuerbaren Energie beschleunigt, Energie gespart und die Energieversorgung



der EUROPÄER/INNEN sind der Ansicht, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischer fossiler Energie so bald wie möglich verringern sollte. **REPowerEU ist unsere Antwort darauf.**



diversifiziert wird. REPowerEU ist ein umfassender und detaillierter Plan, um erschwingliche Energie für die Menschen in der EU, Energieversorgungssicherheit für Europa und Nachhaltigkeit für den Planeten zu erreichen. REPowerEU wird in der Erklärung von Versailles, die von den Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten am 11. März unterzeichnet wurde, uneingeschränkt unterstützt. Etwa 85 % der Bürgerinnen und Bürger der EU sind der Ansicht, dass die Europäische Union ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland so schnell wie möglich verringern sollte. **REPowerEU ist unsere Antwort darauf.**

In den Bereichen Stromerzeugung, Industrie, Gebäude und Verkehr vollzieht sich eine **massive Ausweitung und Beschleunigung der erneuerbaren Energie**. Die Kommission hat vorgeschlagen, im Rahmen des europäischen Grünen Deals das Kernziel für erneuerbare Energie bis 2030 von 40 % auf 45 % anzuheben. REPowerEU ebnet neuen und ehrgeizigen Initiativen den Weg:



Spezielle EU-Solarstrategie zur **Verdopplung der fotovoltaischen Leistung** bis 2025 und zur Installation von 600 GW bis 2030



Solardachinitiative mit einer stufenweisen **Verpflichtung zur Installation von Solarpaneelen auf neuen Gebäuden** (auf öffentlichen, gewerblichen und Wohngebäuden)



Verdopplung des Tempos bei der Einführung von **Wärmepumpen**



Konkrete Maßnahmen zur **Beschleunigung von Genehmigungen für Großprojekte im Bereich der erneuerbaren Energie**



Verdopplung des Ziels für die **Erzeugung von grünem Wasserstoff** auf 10 Mio. Tonnen heimische Produktion und 10 Mio. Tonnen Importe bis 2030



Steigerung der Erzeugung von **Biomethan** auf 35 Mrd. m³ bis 2030

Mit REPowerEU wird die Entwicklung **eines der größten Offshore-Windparks der Welt** in der Nordsee unterstützt. Er wird in Kürze jährlich die Energie für mehr als 50 Millionen Haushalte bereitstellen, d. h. etwa ein Viertel aller Haushalte in der EU. Der Legislativvorschlag der Kommission zur rascheren Genehmigung von Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energieträger und ihrer Netzinfrastruktur wird dafür sorgen, dass erneuerbare Energien EU-weit viel schneller zum Einsatz kommen. Jede Kilowattstunde Strom, die wir aus Wind, Sonnenenergie, Wasserkraft oder Biomasse erzeugen, verringert unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland und rückt die EU einen Schritt näher an eine klimaneutrale Zukunft.

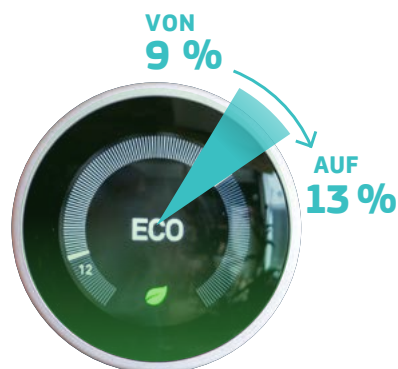
Erneuerbare Energie ist die beste Antwort auf steigende Energiepreise. Die alten kohlenstoffintensiven Energiequellen – Kohle, Öl und Gas – werden immer teurer, während die Kosten für erneuerbare

Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten dabei, die steigenden Strompreise zu bewältigen und die **Verbraucher zu schützen.**

Energie seit vielen Jahren stetig sinken. Die Energiepreise sind weltweit schon seit Sommer 2021 angestiegen. Diese Entwicklung wurde durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine erheblich verschärft. Kurzfristig hilft die Kommission auch den Mitgliedstaaten, die steigenden Strompreise zu bewältigen und die Verbraucher zu schützen. Im Rahmen des Klima- und Energiepakets „Fit für 55“ hat die Kommission auch einen Vorschlag für einen **Klima-Sozialfonds** zur Unterstützung finanziell schwächerer Haushalte, mittelständischer Betrieb und von Verkehrsnutzern vorgelegt.

Die Kommission hat außerdem Schritte zur Verbesserung der langfristigen **Energieeffizienz** vorgeschlagen, einschließlich einer Anhebung des verbindlichen Energieeffizienzziels für 2030 im Rahmen des europäischen Grünen Deals von 9 % auf

ANHEBUNG des verbindlichen Energieeffizienzziels für 2030 im Rahmen des **EUROPÄISCHEN GRÜNEN DEALS** **VON 9 auf 13 %**



13 %. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, steuerliche Anreize für Energieeinsparungen zu schaffen, z. B. in Form ermäßigter Mehrwertsteuersätze für energieeffiziente Heizungsanlagen und Gebäudeisolierung sowie Geräte und Produkte. Damit die EU für die Belastungen des nächsten Winters vorbereitet und gerüstet ist, hat die Kommission **Mindestverpflichtungen für die Gasspeicherung** eingeführt: Bis zum 1. November 2022 müssen die Mitgliedstaaten eine Befüllung von 80 % sicherstellen.

Damit Russland sein Gas nicht länger als Druckmittel einsetzen kann, schlug die Kommission auch ein neues Rechtsinstrument vor und präsentierte den Plan „**Gaseinsparungen für den Winter**“. Dieses Instrument, das vom Rat am 5. August 2022 angenommen wurde, würde der EU helfen, einem russischen Gaslieferstopp durch Senkung des Gasverbrauchs bis zum nächsten Frühjahr um 15 % die Stirn zu bieten. Der Plan enthält auch Leitlinien zur koordinierten Senkung des Gasbedarfs, um die Folgen für Haushalte und Industrie zu begrenzen.

Die EU wendet sich an internationale Partner, um die Energieversorgung zu diversifizieren, und hat für ein Rekordniveau bei den Einfuhren von Flüssiggas und höhere Pipeline-Gaslieferungen gesorgt. Die Kommission arbeitet hierzu mit Norwegen, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten sowie mit Ägypten, Angola, Aserbaidschan, Israel, Nigeria und Südkorea zusammen. Durch die **Einigung, die Präsidentin von der Leyen mit US-Präsident Joe Biden erzielt hat**, wird rund ein Drittel der 155 Mrd. m³ russischen Gases ersetzt, das die EU im vergangenen Jahr importiert hat. Die neue Infrastruktur für Flüssiggas, die die EU derzeit aufbaut, um Versorgungssicherheit und Solidarität für alle Mitgliedstaaten zu gewährleisten, wird den Kern der grünen Wasserstoffkorridore der Zukunft bilden.

Die neu geschaffene, von regionalen Taskforces unterstützte EU-Energieplattform wird die freiwillige **gemeinsame Beschaffung** von Gas, Flüssigerdgas und Wasserstoff ermöglichen, indem die Nachfrage gebündelt, die Nutzung der Infrastruktur optimiert und die Kontaktaufnahme zu Lieferanten koordiniert wird. Nach dem Vorbild des erfolgreichen gemeinsamen Programms zum Ankauf von Impfstoffen entwickelt die Kommission derzeit einen Mechanismus für die **gemeinsame Beschaffung** von Gas im Namen der beteiligten Mitgliedstaaten. Im Rahmen unserer bilateralen Handelsagenda wird die EU weiterhin mit gleich gesinnten Partnern weltweit im Sinne der Energie- und Rohstoffversorgung zusammenarbeiten, die künftig Teil unserer Energie- und wirtschaftlichen Sicherheit sein wird.

REPowerEU ermöglicht finanzielle Unterstützung im Umfang von knapp 300 Mrd. EUR, darunter 225 Mrd. EUR an Darlehen, die den Mitgliedstaaten im Rahmen von NextGenerationEU, Europas historischem Aufbaufonds, zur Verfügung stehen. Die Kommission hat auch angeregt, dass die Mitgliedstaaten ihre Aufbau- und Resilienzpläne um ein REPowerEU-Kapitel ergänzen. Auf diese Weise können sie die Pandemie-Aufbaufonds gezielter nutzen, um die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland endgültig zu beenden. REPowerEU ist ein umfassender und detaillierter Plan, um erschwingliche Energie für die Menschen in der EU, Energieversorgungssicherheit für Europa und Nachhaltigkeit für den Planeten zu erreichen.

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNG UND NATO

Die Fähigkeit der Europäischen Union, Sicherheit zu gewährleisten, wird ausgebaut, um die **Bürgerinnen und Bürger der EU zu schützen** und einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in unserer Nachbarschaft und darüber hinaus zu leisten. Am 11. März 2022 gaben die Staats- und Regierungschefs der EU mit der

Erklärung von Versailles eine klare Richtung für die Stärkung der Sicherheit Europas vor: Steigerung der Investitionen und Nutzung innovativer und kritischer Technologien und Aufbau eines stärker integrierten und mehr wettbewerbsorientierten europäischen Verteidigungsmarktes. Am 21. März 2022 billigte der Europäische Rat förmlich den **strategischen Kompass**, der der EU einen ehrgeizigen Aktionsplan für die Zeit bis 2030 vorgibt. Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist.

Im Anschluss an den Gipfel von Versailles legten die Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, im Mai 2022 eine Analyse der **Defizite bei den Verteidigungsinvestitionen** vor. Kurzfristig wurde eine Taskforce für die gemeinsame Beschaffung im Verteidigungsbereich eingerichtet, die mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten soll. Auf der Grundlage der Arbeit der Taskforce wurde ein kurzfristig angelegtes EU-Instrument zur Stärkung der Kapazitäten der Verteidigungsindustrie durch **gemeinsame Beschaffung** vorgeschlagen. Es soll im beschleunigten Verfahren angenommen werden, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die dringendsten und kritischsten Lücken gemeinsam zu schließen. Ebenfalls im Mai 2022 wurde das EU-Innovationsprogramm im Verteidigungsbereich angekündigt, mit dem insgesamt 2 Mrd. EUR in Innovationen im Verteidigungsbereich investiert werden sollen.

Die Europäische Union unternimmt alles in ihrer Macht Stehende, um das Volk der Ukraine in seinem Widerstand gegen den russischen Aggressor zu schützen und ihm dabei zu helfen, seinen Traum von einer demokratischen, unabhängigen und friedlichen Ukraine zu verwirklichen. Aus diesem Grund **stellt die**



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen



Nadia Dobrianska zog von Kiew nach **Cork**, nachdem eine irische Familie angeboten hatte, sie und ihre Familie aufzunehmen. Nadia dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen des russischen Militärs. Sie spielt auch die irische Flöte und singt traditionelle irische Songs.

EU zum ersten Mal in ihrer Geschichte militärische Ausrüstung und Sicherheitsinfrastruktur für ein angegriffenes Nicht-EU-Land bereit. Auf Initiative des Hohen Vertreters hat der Rat der Europäischen Union am 28. März 2022 Hilfsmaßnahmen im Rahmen der **Europäischen Friedensfazilität** angenommen, um den ukrainischen Streitkräften Ausrüstung und Material zur Verfügung zu stellen. Seitdem wurde über die Europäische Friedensfazilität Hilfe in Höhe von insgesamt 2,5 Mrd. EUR für die ukrainischen Streitkräfte bereitgestellt.

Durch die Invasion Russlands in die Ukraine und ihre langfristigen Auswirkungen auf die europäische und die globale Sicherheitsordnung sind die EU und die NATO (Nordatlantikvertrags-Organisation) enger denn je zusammengedrückt. Die NATO ist das mächtigste militärische Bündnis der Welt – ein reines Verteidigungsbündnis. Die **Zusammenarbeit zwischen EU und NATO** ist eine tragende Säule der europäischen Stabilität und Sicherheit. Mit der Invasion Russlands in die Ukraine konfrontiert, haben die EU und die NATO eine starke transatlantische Geschlossenheit gezeigt. Am 18. Mai 2022 haben zwei weitere EU-Mitgliedstaaten, **Finnland und Schweden, einen Antrag auf Beitritt zur NATO gestellt** und damit angesichts des nicht provozierten Krieges Russlands gegen die Ukraine ihre langjährige militärische Bündnisfreiheit aufgegeben.

Die NATO ist das mächtigste militärische Bündnis der Welt – ein reines **Verteidigungsbündnis**.

GEGEN KRIEGSVERBRECHEN, ERNÄHRUNGSUNSIHERHEIT UND PROPAGANDA

Gemeinsam mit der ukrainischen Regierung untersucht die EU Vorwürfe von Kriegsverbrechen durch das russische Militär. Gerechtigkeit ist die Grundlage für die Aussöhnung, und diejenigen, die für Verbrechen verantwortlich sind, werden dafür belangt. Als sich die russischen Truppen aus dem Gebiet um Kiew zurückzogen, kamen die von ihnen begangenen Gräueltaten zum Vorschein. Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, 13 EU-Mitgliedstaaten und die Staatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofs haben Ermittlungen wegen möglicher **Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit** aufgenommen, die das russische Militär in der Ukraine begangen hat.

Die **gemeinsame Ermittlungsgruppe**, die am 25. März 2022 mit Unterstützung von Eurojust eingesetzt wurde, soll die Koordinierung ländereübergreifender Ermittlungen bei schweren Völkerrechtsverbrechen sowie Strafverfolgungsmaßnahmen in den Teilnehmerstaaten und vor dem Internationalen Strafgerichtshof erleichtern. Der Gruppe gehören Ermittler/innen sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei und der Ukraine an. Am 25. April beschloss der Internationale Strafgerichtshof, sich der gemeinsamen Ermittlungsgruppe anzuschließen.

Der Krieg in der Ukraine hat globale Auswirkungen, insbesondere auf die Schwächsten. **Putins Krieg bedroht ernsthaft die weltweite Ernährungs-sicherheit**. Die Ausfuhren, insbesondere von Getreide und Ölsaaten, wurden aufgrund der Schwarzmeerrhäfen-Blockade durch die russische Marine drastisch eingeschränkt. Die EU unterstützt die Ukraine beim Export lagernder Bestände und künftiger Ernten per Lkw, Bahn und Binnenschiff und beim Import der benötigten landwirtschaftlichen Produktionsmittel – von Saatgut bis hin zu Dünge- und Futtermitteln – über die am 12. Mai 2022 angekündigten Solidaritätskorridore. Bis August 2022 **halfen die EU-Solidaritätskorridore bei der Ausfuhr von über 10 Millionen Tonnen ukrainischen Getreides**, d. h.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell gedenken der Opfer des russischen Angriffs auf die Ukraine.



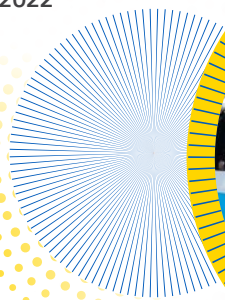
fast der Hälfte des wegen der russischen Blockade in ukrainischen Häfen feststeckenden Getreides. Damit die Ernährungssicherheit der schwächsten Länder weltweit nicht gefährdet wird, richtet sich keine der EU-Sanktionen gegen den russischen Agrarsektor.

Gemeinsam sind die EU und ihre Mitgliedstaaten der **weltweit größte Geber von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe**, auch im Bereich der Ernährungssicherheit. Team Europa hat eine umfassende Reaktion auf die weltweite Ernährungsunsicherheit eingeleitet, die sowohl kurzfristige Nahrungsmittelhilfe und Existenzsicherung als auch mittelfristige Unterstützung für krisenfeste und nachhaltige Lebensmittelsysteme in den Partnerländern umfasst.

In diesem Rahmen hat die EU zusätzliche Mittel in Höhe von 600 Mio. EUR für die am stärksten betroffenen Länder in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean bereitgestellt. Sie hat auch eine 225 Mio. EUR schwere Nahrungsmittel- und Resilienzfazilität für Nordafrika und den Nahen Osten ins Leben gerufen. Damit beläuft sich die EU-Unterstützung für Ernährungssicherheit bis 2024 auf insgesamt 7,7 Mrd. EUR weltweit. Die EU arbeitet mit Akteuren in den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklung und Frieden zusammen, um einen gerechten und inklusiven Übergang im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal zu gewährleisten, und lässt dabei niemanden im Stich.



Mykola Charytonow, Leiter des Dnipro-Zentrums für ökologische Landwirtschaft und Umweltschutz, setzt seine Forschung zu Düngemitteln aus Katalonien in **Spanien** fort, da er einen Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leisten möchte.



Um **gegen die Desinformations- und Manipulationskampagnen des Kreml vorzugehen**, beschloss die EU am 2. März 2022 die Aussetzung der Sendetätigkeit der staatseigenen Medien Sputnik und Russia Today in der EU, bis die Aggression gegen die Ukraine beendet ist. Am 3. Juni 2022 wurde die Sendetätigkeit von drei weiteren russischen Staatsmedien – Rossiya RTR/RTR Planeta, Rossiya 24/ Russland 24 und TV Centre International – ausgesetzt. Sie gehören zu den bedeutendsten kremlfreundlichen Sendern, die in der Ukraine und der EU Desinformation und Propaganda zur Unterstützung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verbreiten.

Die Kommission arbeitet auch mit der Industrie und den sozialen Medien weltweit im Kampf gegen Desinformation und Kreml-Propaganda zusammen. Im Juni 2022 schlossen sich 34 Unterzeichner – darunter Plattformen, Technologieunternehmen wie Facebook, Google, Twitter, Microsoft, Mozilla und TikTok sowie zivilgesellschaftliche Organisationen – einem neuen, stärkeren **Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation**, einem freiwilligen Selbstregulierungsrahmen auf der Grundlage von Leitlinien der Kommission und im Einklang mit dem Gesetz über digitale Dienste, an. Der Kodex, der weithin als wegweisender Rahmen anerkannt wird, enthält umfassende und detaillierte Verpflichtungen zur Bekämpfung von Desinformation und stellt einen weiteren wichtigen Schritt zu mehr Transparenz, Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit im Internet dar.

DIE ZUKUNFT DER UKRAINE IN EUROPA

Am 8. April 2022 kam es zu einem ergreifenden Moment auf dem Weg der Ukraine in Richtung Europäische Union: Präsidentin von der Leyen übergab Präsident Selenskyj einen Fragebogen, der Auskunft über die Bereitschaft der Ukraine, EU-Beitrittskandidat zu werden, geben sollte. Zehn Tage später übermittelte die ukrainische Regierung förmlich den ausgefüllten Fragebogen. Durch ihr Assoziierungsabkommen hat die Ukraine bereits eine enge Angleichung an die EU vollzogen, und das Verfahren zur regulatorischen und

politischen Annäherung wird so weit wie möglich beschleunigt, wobei sicherzustellen ist, dass die Ukraine wirklich alle Voraussetzungen erfüllt. Am 17. Juni 2022 gab die Europäische Kommission eine Stellungnahme ab, in der sie den **EU-Beitrittskandidatenstatus** der Ukraine – und auch Moldaus – befürwortete, was am 23. Juni 2022 vom Europäischen Rat einstimmig bestätigt wurde. Der Europäische Rat eröffnete auch Georgien die europäische Perspektive. Er erklärte sich bereit, Georgien Kandidatenstatus zuzuerkennen, sobald die in der Stellungnahme der Kommission zu Georgiens Beitrittsantrag genannten Prioritäten angegangen wurden.

Die ukrainische Regierung erhält seit Langem direkte Unterstützung durch die EU, d. h. auf dem Wege der Zusammenarbeit der EU, der Mitgliedstaaten und der europäischen Finanzinstitute. Seit Beginn des Krieges hat die EU ihre Unterstützung erheblich verstärkt und **9,5 Mrd. EUR** in Form von Makrofinanzhilfe, Budgethilfe, Soforthilfe, Krisenreaktion, humanitärer Hilfe und militärischer Hilfe im Rahmen der europäischen Friedensfazilität **für die wirtschaftliche, soziale und finanzielle Krisenfestigkeit der Ukraine** mobilisiert. Insgesamt wurden zwischen März und Anfang August insgesamt 2,2 Mrd. EUR Makrofinanzhilfe und 120 Mio. EUR Budgethilfe ausgezahlt. Darüber hinaus schlug die Kommission am 27. April vor, alle verbleibenden Einfuhrzölle auf alle ukrainischen Exporte in die EU für mindestens ein Jahr auszusetzen.

Am 17. Juni 2022 gab die Kommission ihre befürwortende Stellungnahme zum **EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine** ab.

Am 16. März 2022, in der ersten Phase des Krieges, wurden die **Stromnetze Moldaus und der Ukraine** in einem außerordentlichen Akt der Solidarität und Raffinesse erfolgreich mit dem kontinentaleuropäischen Stromnetz synchronisiert. Dies half der Ukraine, ihr Stromnetz stabil und die Häuser warm zu halten

und die Lichter in diesen dunklen Zeiten nicht ausgehen zu lassen. Es stellt auch einen Meilenstein für die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine dar und hat eine konkrete, greifbare Verbindung zwischen der Ukraine und der EU geschaffen.

Russlands Invasion in die Ukraine hatte jedoch auch wirtschaftliche Auswirkungen in der EU selbst. In diesem Zusammenhang nahm die Kommission im März 2022 einen befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen an, damit die Mitgliedstaaten die in den Beihilfavorschriften vorgesehene Flexibilität nutzen können, um die **Wirtschaft vor dem Hintergrund der russischen Invasion zu unterstützen**, wobei gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt gewahrt bleiben. Bis heute hat die Kommission 89 Beschlüsse zur Unterstützung der Wirtschaft in der derzeitigen geopolitischen Krise angenommen und dabei einen Betrag von insgesamt schätzungsweise fast 430 Mrd. EUR genehmigt. Am 20. Juli 2022 beschloss die Kommission eine Änderung des Befristeten Krisenrahmens. Die Änderungen



In **Estland** gründete Johanna-Maria Lehtme die Organisation „Slava Ukraini“, die über 60 Krankenwagen in die Ukraine geliefert hat, beladen mit medizinischen und sonstigen Hilfsgütern, die zur Rettung von Menschenleben erforderlich sind.

umfassen neue Arten von Beihilfen zur Unterstützung der Bemühungen der Mitgliedstaaten, unabhängig von fossilen Brennstoffen zu werden.

Gemeinsam mit der ukrainischen Regierung blickt die Kommission bereits in die Zukunft, auf den **Wiederaufbau einer freien und florierenden Ukraine, in der die europäischen Werte fest verankert sind**. In diesem Geiste der Solidarität legte die Kommission am 18. Mai 2022 eine ehrgeizige Vision sowohl für die kurzfristige Hilfe als auch für den langfristigen Wiederaufbau der Ukraine vor, in dem Bewusstsein, dass dafür nach dem Krieg erhebliche finanzielle Anstrengungen von allen Seiten erforderlich sein werden. Um den unmittelbaren Bedarf der Ukraine zu decken, schlug die Kommission am 7. September weitere **Makrofinanzhilfen** im Umfang von 5 Mrd. EUR vor. Dies ist der zweite Teil des von der Kommission am 18. Mai vorgeschlagenen außerordentlichen Pakets von bis zu 9 Mrd. EUR.

Für die mittelfristige Zukunft des Landes haben die ukrainische Regierung und die Kommission die **Plattform für den Wiederaufbau der Ukraine** eingerichtet, mit der die Umsetzung des **Wiederaufbauplans „RebuildUkraine“** durch internationale Partner und Finanzinstitutionen organisiert und koordiniert werden soll. In dem Plan wird der Weg nach Europa für die Ukraine klar dargelegt und die Unterstützung durch die EU für den Wiederaufbau an die Umsetzung weitreichender Reformen und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung gebunden.



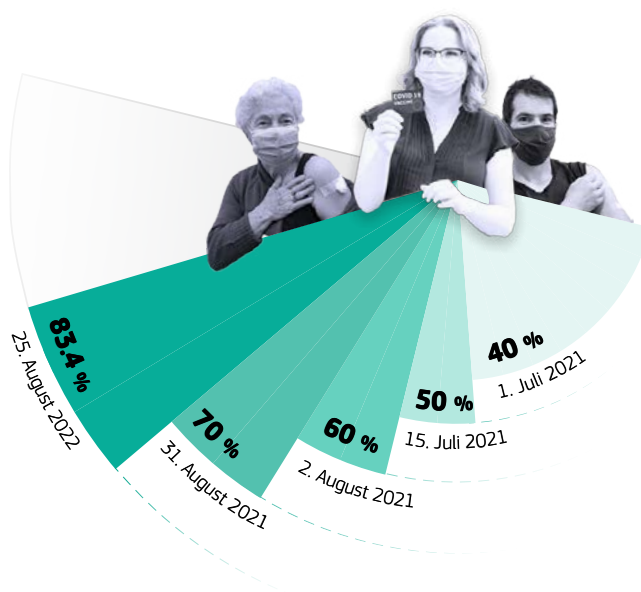
2. DIE PANDEMIE SOLIDARISCH UND MITHILFE DER WISSENSCHAFT ÜBERWINDEN

PIONIERLEISTUNG BEI SICHEREN UND WIRKSAMEN IMPFSTOFFEN UND BEHANDLUNGEN

Die Coronavirus-Pandemie verursachte tiefe Einschnitte in das Leben von Millionen Menschen in Europa und darüber hinaus. Das Ausmaß der Krise war so groß, dass wir in der Union nur gemeinsam die von unseren Bürgerinnen und Bürgern benötigte Reaktion liefern konnten. Es war der **Moment, in dem Europa einspringen musste**, und es war für die Europäische Union ein kritischer Moment.

Seit Beginn der Pandemie hat die Europäische Kommission an **drei Fronten** gehandelt. Erstens haben wir die Ausbreitung des Coronavirus eingedämmt und so viele Menschen wie möglich mit Impfungen geschützt. Zweitens haben wir auf den wirtschaftlichen Schock mit einem beispiellosen Aufbauplan reagiert, der Investitionen und Reformen umfasst. Drittens sind wir beim grünen und beim digitalen Wandel auf Kurs geblieben – denn die Pandemie hat die Notwendigkeit der Veränderungen nur noch beschleunigt. Heute können wir mit Sicherheit sagen, dass die EU auf die Herausforderung COVID-19 mit Kompetenz, Fürsorge und Einigkeit reagiert hat.

— **83,4 % der Erwachsenen in der EU** haben eine Erstimpfung (eine oder zwei Dosen) gegen Corona erhalten.



ZEITPLAN DER ZULASSUNG: sichere und wirksame Impfstoffe gegen COVID-19

BioNTech–Pfizer

21. Dezember
2020

AstraZeneca

29. Januar
2021

Novavax

20. Dezember
2021

Moderna

6. Januar
2021

Johnson & Johnson

11. März
2021

Valneva

24. Juni
2022



Dank der **EU-Impfstoffstrategie** wurde ganz Europa mit mehr als 1,7 Milliarden COVID-19-Impfstoffdosen beliefert. Sage und schreibe **83,4 % der Erwachsenen in der EU** haben eine Erstimpfung (eine oder zwei Dosen) gegen Corona erhalten. 62 % erhielten eine Auffrischungsimpfung — und Tausende Menschenleben wurden gerettet.

In der frühen Phase der Pandemie hat die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten **Abnahmegarantien** mit einzelnen Impfstoffherstellern vereinbart. Im Gegenzug für das Recht, innerhalb eines bestimmten Zeitraums und zu einem bestimmten Preis eine bestimmte Anzahl von Impfstoffdosen erwerben zu können, hat die Kommission einen Teil der Vorlaufkosten der Impfstoffhersteller aus dem mit 2,7 Mrd. EUR ausgestatteten **Soforthilfeinstrument** finanziert. Auf diese Weise trug die Kommission dazu bei, dass in Rekordzeit sichere und wirksame Impfstoffe entwickelt und hergestellt werden konnten. Dank diesem vorausschauenden Vorgehen hat Europa nun die schlimmste Pandemie seit einem Jahrhundert überwältigt.

Seit 2020 wurden sechs Impfstoffe gegen COVID-19 zugelassen, nachdem sie die **strengsten klinischen Prüfungen und regulatorischen Zulassungsverfahren weltweit** durchlaufen hatten. Im vergangenen Jahr hat die Europäische Kommission weiter daran gearbeitet, für die Menschen in der EU die weltweit größten, sichersten und wirksamsten Impfstoff-Portfolios aufzubauen. Mit acht Impfstoff-entwicklern und -herstellern wurden **Verträge über 4,2 Milliarden Impfdosen geschlossen**. Im Falle neuer Varianten wird die EU, wenn ein angepasster Impfstoff bis Herbst 2022 zugelassen ist, über Zugang zu Lieferungen angepasster Impfstoffe von BioNTech-Pfizer und Moderna verfügen. Sollte eine neue Pandemiewelle unseren Kontinent erreichen, wird Europa bereit sein.

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung erfordert jedoch mehr als Impfstoffe – es sind auch Behandlungsverfahren erforderlich. COVID-19-Patienten benötigen sichere und wirksame Behandlungsmöglichkeiten, um die Infektion zu bekämpfen, ihre Aussichten auf eine rasche Genesung zu verbessern, die Hospitalisierungsraten zu verringern und vor allem um den Verlust von Menschenleben zu verhindern. Mit der **EU-Strategie für COVID-19-Therapeutika** wird die Entwicklung und Verfügbarkeit von Arzneimitteln unterstützt, auch für Patienten, die nach einer Infektion auf dem Wege der Erholung sind.

Im Oktober 2021 stellte die Kommission nach einem Screening von 82 Therapeutika-Kandidaten in späteren Phasen der klinischen Entwicklung ein Portfolio von zehn potenziellen COVID-19-Therapeutika auf. Berücksichtigt wurde dabei, dass für die einzelnen Patientengruppen und die verschiedenen Erkrankungsstadien und -verläufe unterschiedliche Arten von Arzneimitteln benötigt werden. Bis Mai 2022 wurden **acht Behandlungen gegen COVID-19 zugelassen**. Außerdem wurden mit den Herstellern mehrere gemeinsame Beschaffungsverträge für COVID-19-Arzneimittel abgeschlossen, um den Mitgliedstaaten den Zugang zu COVID-19-Behandlungen zu erleichtern.

WELTWEITE FÜHRUNGSROLLE BEI DER IMPFSOLIDARITÄT

Seit dem ersten Tag der Coronavirus-Pandemie setzt sich die Kommission für die internationale Zusammenarbeit bei deren Bekämpfung ein. Wir haben den Weg der Solidarität nicht nur innerhalb Europas, sondern auch mit dem Rest der Welt gewählt. Die EU ist der weltweit größte Lieferant von COVID-19-Impfstoffen und einer der führenden Geber für Entwicklungsländer im Rahmen von COVAX (Fazilität für einen globalen COVID-19-Impfstoffzugang). Von November 2020 bis Juli 2022 führte die EU **mehr als 2,4 Milliarden COVID-19-Impfstoffdosen in insgesamt 168 Länder aus**. Davon wurden 478 Millionen Impfdosen an bedürftige Länder vor allem in Afrika gespendet, hauptsächlich über COVAX.

Beim **Gipfeltreffen EU-Afrikanische Union** im Februar 2022 wurde das „Global Gateway“-Investitionspaket für Afrika auf den Weg gebracht. Die Gesundheitskomponente des Pakets umfasst mindestens 425 Mio. EUR zur Erhöhung des Impftempos auf dem Kontinent. Auf dem **zweiten COVID-Weltgipfel** im Mai 2022 kündigte Präsidentin von der Leyen angesichts der veränderten Angebots- und Nachfragesituation bei Impfstoffen an, dass die EU künftig ihre Anstrengungen darauf ausrichten wird, dass die verfügbaren Dosen so effizient wie möglich genutzt werden. Dies schließt die Zusage von 450 Mio. EUR für den Globalen Fonds für Pandemievorsorge ein – vorbehaltlich einer Einigung über die Verwaltung des Fonds. Dies verdeutlicht die Qualität der **Agenda der EU und der USA zur Bewältigung der weltweiten Pandemie**: Durchimpfung der Weltbevölkerung, Rettung von Menschenleben und Wiederaufbau der globalen Gesundheitssicherheit in besserer Form.

Mittelfristig werden mehr als 1 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und von den Mitgliedstaaten zum **Ausbau der Produktionskapazitäten in Afrika und für den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien** verwendet, um das Ziel der Afrikanischen Union zu unterstützen, bis 2040 rund 60 % der auf dem Kontinent verwendeten Impfstoffe vor Ort herzustellen und gleichzeitig die lokalen Arzneimittelsysteme zu stärken.

Im September 2021 wurde mit Unterstützung der EU in Südafrika das globale **Zentrum** der Weltgesundheitsorganisation **für den Transfer von Technologien für mRNA-Impfstoffe** eingerichtet. Auf regionaler Ebene unterstützt die EU die Einrichtung der Afrikanischen Arzneimittelagentur mit Know-how und Finanzmitteln. Auf nationaler Ebene schließlich liegt der Schwerpunkt auf der Steigerung der Produktionskapazität und der Herstellung eines geeigneten Umfelds für Investitionen in Vorreiterländern wie Ghana, Ruanda, Senegal und Südafrika.

Im Juni 2022 gründeten die EU und die Mitgliedstaaten unter der Führung Spaniens auch eine Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik, um die lokale Herstellung bzw. Entwicklung von Impfstoffen, Arzneimitteln und anderen Gesundheitstechnologien zu unterstützen und die Krisentauglichkeit der Gesundheitssysteme dort zu stärken.

Schließlich steht die EU an vorderster Front, was die **globale handelspolitische Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie** betrifft. Auf der 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation im Juni 2022 vereinbarten die Mitglieder auf der Grundlage eines von der EU erfolgreich mit Indien, Südafrika und den Vereinigten Staaten ausgehandelten Textes eine Befreiung von bestimmten Verpflichtungen zum Schutz des geistigen Eigentums in Bezug auf COVID-19-Impfstoffe.

ERNEUTE ÖFFNUNG EUROPAS – UND DER WELT

Die Coronavirus-Pandemie ist die erste Pandemie im digitalen Zeitalter. Das **digitale COVID-Zertifikat der EU** war eine entscheidende Neuerung bei der Reaktion Europas und hat sich rasch zu einem weltweiten Standard entwickelt. Mit dem am 14. Juni 2021 angenommenen System wurde ein gemeinsamer Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung von COVID-19-Impf-, Test- und Genesungszertifikaten festgelegt, um das freie Reisen zu erleichtern. Seit Beginn der Anwendung der Verordnung wurden in der gesamten EU mehr als 2 Milliarden Zertifikate ausgestellt.



2020 beschloss der sechsjährige Adam King aus **Irland**, der an Knochenschwund leidet, als Symbol der Hoffnung in der Coronavirus-Pandemie eine virtuelle Umarmung um die Welt zu senden. Seine Idee reiste immer weiter und half uns, gemeinsam die Wunden zu heilen.



Mit diesem System **entwickelte die EU einen weltweiten Standard**: Neben den 27 Mitgliedstaaten sind dem System 48 Länder und Gebiete außerhalb der EU auf fünf Kontinenten beigetreten. Damit war das digitale COVID-Zertifikat der EU nicht nur von entscheidender Bedeutung für die Wahrung des Grundrechts auf Freizügigkeit innerhalb der EU im Zusammenhang mit den Beschränkungen zur Eindämmung von COVID-19 – es hat auch zur

Wiederaufnahme eines sicheren internationalen Reiseverkehrs beigetragen. Ab August 2022 können weltweit über 1,6 Milliarden Menschen digitale COVID-Zertifikate der EU für ihre internationalen Reisen verwenden.

Aufgrund der anhaltenden Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Pandemie wurde vereinbart, die Anwendung der Verordnung über das digitale COVID-Zertifikat der EU, wie von der Kommission vorgeschlagen, bis zum 30. Juni 2023 zu verlängern.

Die Nutzung des digitalen COVID-Zertifikats der EU geht einher mit **Re-open EU** – einer Web- und mobilen Anwendung, die dabei hilft, in 24 Sprachen aktuelle Informationen über Reisebeschränkungen und Gesundheitsmaßnahmen in europäischen Ländern zu finden. Re-open EU ist mit knapp 4 Millionen Downloads und fast 43 Millionen Besuchen zur **am häufigsten genutzten Anwendung für Mobilgeräte geworden, die jemals von den EU-Institutionen erstellt wurde.**

Für die grenzüberschreitende Kommunikation nationaler Kontaktnachverfolgungs-Apps hat die Kommission eine europäische Schnittstelle eingerichtet. Im Herbst 2021 waren es **19 Mitgliedstaaten, die über dieses europäische Gateway Risikokontaktinformationen austauschten;** die nationalen Apps wurden über 70 Millionen Mal heruntergeladen. Diese Downloads entsprechen 23 % der Bevölkerung in den angeschlossenen Mitgliedstaaten. Die nationalen Apps und das europäische Gateway wurden als temporäre Instrumente konzipiert, die nach dem Ende der Pandemie nicht mehr verwendet werden sollen. Bisher haben neun Mitgliedstaaten die Nutzung ihrer mobilen Anwendung eingestellt.

Neben der Wiederöffnung für Reisen innerhalb und außerhalb Europas und aufbauend auf den ersten Erfahrungen mit dem „**Green Lanes**“-Konzept, das während der gesamten Pandemie den Transport von Waren und die Belieferung der Verbraucher über die Grenzen hinweg aufrechterhielt, legte die Kommission im Mai 2022 den **EU-Notfallplan für den Güterverkehr** vor. Mit diesem Plan soll die Belastbarkeit des europäischen Verkehrssektors in Krisenzeiten gestärkt werden.

Schließlich haben wir auch unsere Handelspolitik mit unserer Mitteilung – **eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik** – gestärkt, die im Februar 2021 angenommen wurde. Die Offenheit unserer Handelspolitik ist nach wie vor von

entscheidender Bedeutung für die wirtschaftlichen und geopolitischen Ambitionen der EU. Ein offener, regelbasierter Handel fördert Arbeitsplätze und Wachstum in der EU, trägt zum Aufbau krisenfester und breit aufgestellter Lieferketten bei und gewährleistet den Zugang zu den Gütern und Rohstoffen, die wir brauchen, um schädliche Abhängigkeiten zu vermeiden. Und im Einklang mit unserem neuen selbstbewussten Ansatz bei der Verteidigung und Förderung der Interessen unserer Unternehmen und Verbraucher haben wir autonome Instrumente wie das **Instrument für das internationale Beschaffungswesen und die Verordnung** eingeführt, die ein neues Instrument ist, um möglichen wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen ausländischer Subventionen im Binnenmarkt entgegenzuwirken.

AUFBAU EINER STARKEN EUROPÄISCHEN GESUNDHEITSUNION

Seit der Gründung der Europäischen Union hat keine Pandemie in Europa einen so hohen Preis gefordert. Aber auch in Zukunft könnten uns ähnliche Ausbrüche bevorstehen. Aufgrund des Verlusts an biologischer Vielfalt und des Klimawandels könnten andere Zoonose-Viren von Tieren auf Menschen übertragen werden. Im Falle einer weiteren Pandemie müssen wir sicherstellen, dass alle europäischen Länder gleichermaßen vorbereitet und reaktionsfähig sind. Das ist ganz klar die Lektion, die die Pandemie uns gelehrt hat, und einer der Hauptgründe dafür, dass die Kommission von der Leyen **die Grundlagen für eine europäische Gesundheitsunion** geschaffen hat.



Die Europäische Gesundheitsunion ist der nächste Schritt auf dem Weg zu einer besseren EU. Sie soll die körperliche und geistige Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der EU wirksamer schützen, die EU und ihre Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, künftige Pandemien zu bekämpfen – besser noch zu verhindern – und die Belastbarkeit der europäischen Gesundheitssysteme stärken.



Vordringlich liegt der Schwerpunkt der Europäischen Gesundheitsunion auf der Krisenvorsorge und -reaktion. Die **Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren**, bietet einen Rechtsrahmen, damit die EU rasch auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren reagieren kann. Sie wird derzeit von den europäischen gesetzgebenden Organen fertiggestellt.

Die **neue Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA)**, die im September 2021 anlässlich der letztjährigen Rede zur Lage der Union eingerichtet wurde, fördert die Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Arzneimitteln, Impfstoffen und anderen medizinischen Gegenmitteln wie persönlicher Schutzausrüstung, die in der ersten Phase der Corona-Krisenreaktion häufig fehlten. Die HERA wird auf EU-Ebene und weltweit einen Beitrag zu einer besseren **Prävention, Erkennung und schnellen Reaktion auf Gesundheitskrisen** leisten. Im ersten Jahr nach ihrer Aktivierung hat die HERA eine Expertengruppe zur Überwachung von COVID-19-Varianten eingerichtet, Impfstoffe gegen Affenpocken gekauft, die **FAB-Fazilität der EU** – ein Netz einsatzbereiter Produktionskapazitäten für Impfstoffe und Arzneimittel, die im Falle künftiger Krisen aktiviert werden können – eingerichtet und mit der Bevorratung von Ausrüstung und Arzneimitteln gegen chemische und nukleare Bedrohungen begonnen.

Mit dem neuen **Europäischen Raum für Gesundheitsdaten** unternimmt die Kommission einen historischen Schritt auf dem Weg zur Digitalisierung der Gesundheitsversorgung in der EU.

Eine rasche Reaktion auf Varianten ist möglich, weil die Kommission die Mitgliedstaaten bereits zu Beginn der Pandemie aufgefordert hat, die Genomsequenzierung auf mindestens 5 % – besser noch 10 % – der positiven Tests **zu erhöhen** und somit das Auftreten von Virusvarianten zu beobachten, und 110 Mio. EUR zur Unterstützung durch das

Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten bereitgestellt hat. Mit weiteren 123 Mio. EUR aus dem EU-Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont Europa“ verfügt die EU über erhebliche Kapazitäten zur Überwachung des Auftretens neuer Variantenm.

Die Pandemie hatte und hat nach wie vor erhebliche Auswirkungen auf Patienten, medizinisches Personal und Pflegepersonal sowie auf die Gesundheitssysteme in Europa. Das **Programm EU4Health** geht über die Krisenreaktion hinaus, um die Krisenfestigkeit der Gesundheitssysteme zu verbessern. Aufbauend auf den Erfolgen der Reaktion auf die Pandemie werden im Rahmen von EU4Health 5,3 Mrd. EUR in Maßnahmen mit EU-Mehrwert investiert und die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten beim Aufbau zusätzlicher Kapazitäten und bei der Erholung von der Pandemie unterstützt.

Die im November 2020 angenommene **Arzneimittelstrategie für Europa** enthält konkrete Initiativen zur Gewährleistung des Zugangs zu sicheren, hochwertigen und erschwinglichen Arzneimitteln für Patienten, zur Deckung des medizinischen Bedarfs und zur Förderung wissenschaftlicher und technologischer Innovationen. Sie zielt auch darauf ab, die **Versorgungssicherheit** zu erhöhen, Engpässe zu beheben und die strategische Autonomie der EU zu fördern, damit wir auch in Krisenzeiten über Arzneimittel verfügen. Im März 2022 wurde das Mandat der Europäischen Arzneimittelagentur gestärkt, um für eine bessere Überwachung und Minderung von Engpässen bei kritischen Arzneimitteln zu sorgen.

Eine Leitinitiative der Gesundheitsunion ist der **europäische Plan zur Krebsbekämpfung**. Er stärkt bereits mit 4 Mrd. EUR – davon 1,25 Mrd. EUR aus dem Programm EU4Health – die Krebsprävention, -forschung und -patientenversorgung. Die Kommission

hat in allen EU-Mitgliedstaaten mit der Einrichtung europäischer Krebszentren und -netzwerke für die grenzübergreifende Zusammenarbeit begonnen. Am Weltkrebstag im Februar 2022 hat die Kommission ein neues Krebsregister eingerichtet, mit dessen Hilfe die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Krebsbekämpfung verfolgt und Prioritäten für die Zusammenarbeit festgelegt werden.

Mit dem neuen **Europäischen Raum für Gesundheitsdaten** unternimmt die Kommission einen **historischen Schritt auf dem Weg zur Digitalisierung der Gesundheitsversorgung** in der EU. Mit diesem Vorschlag verschafft die Kommission den Bürgerinnen und Bürgern die volle Kontrolle über ihre Gesundheitsdaten, und sie ermöglicht eine bessere Gesundheitsversorgung in der gesamten EU. Zudem wird ein echter europäischer Binnenmarkt für digitale Gesundheitsdienste und -produkte gefördert. Hierfür wird ein kohärenter, vertrauenswürdiger und effizienter Rahmen für die Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschung, Innovation, Politikgestaltung und Regulierung bereitgestellt, wobei die uneingeschränkte Einhaltung der **hohen Datenschutzstandards** der EU gewährleistet wird. Für in Wissenschaft und Forschung Tätige, innovative Kräfte und politische Entscheidungstragende, die an neuartigen lebensrettenden Behandlungen arbeiten, wird dies von unschätzbarem Wert sein.

Dank sicherer und wirksamer Impfstoffe, hoher Impfquoten, wirksamer Behandlungsmöglichkeiten, digitaler Innovationen wie dem COVID-Zertifikat der EU, einem gestärkten Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, das von der neuen HERA unterstützt wird, Notfallvorräten an medizinischen Hilfsgütern und einer umfassenden Testkapazität hat die EU eine **erstklassige Widerstandsfähigkeit gegenüber der Coronavirus-Pandemie und künftigen Gesundheitskrisen** aufgebaut.



3. FÜHRUNGSROLLE BEIM GRÜNEN, DIGITALEN UND GERECHTEN WANDEL

NEXTGENERATIONEU: EINE HISTORISCHE CHANCE

Zu Beginn der Kommission von der Leyen haben wir einen neuen und ehrgeizigen Kurs für die Europäische Union gesetzt: hin zu einem grüneren, stärker digitalisierten und sozial gerechten Europa. **COVID-19 und Russlands Aggression gegen die Ukraine haben bestätigt, dass wir auf dem richtigen Kurs waren.** Die Lockdowns haben die Digitalisierung unserer Wirtschaft beschleunigt, und wir haben in wenigen Wochen eine digitale Innovation und einen digitalen Wandel erlebt, der sonst Jahre gedauert hätte. Die Pandemie hat auch gezeigt, wie wichtig es ist, unser Verhältnis zu unserem Planeten wiederherzustellen, und viele Menschen in Europa haben die Bedeutung der Natur für ihr Leben wieder entdeckt. Darüber hinaus hat die erpresserische Energiepolitik des Kreml noch einen weiteren Grund dafür geschaffen, unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu beenden. In Solidarität geeint hat die EU nicht nur das Virus besiegt, ihre Wirtschaft wieder in Gang gebracht und die Ukraine unterstützt, sondern sie investiert auch vertrauensvoll in eine starke und nachhaltige Zukunft für die nächste Generation.

Dies ist das Versprechen von **NextGenerationEU, Europas historischem Aufbauplan**. Er ist mit über 800 Mrd. EUR ausgestattet, und zusammen mit dem langfristigen EU-Haushalt für die Zeit bis 2027 beläuft

Bislang wurden im Rahmen der **Aufbau- und Resilienzfazilität** mehr als 100 Mrd. EUR an die Mitgliedstaaten ausgezahlt.

sich das europäische Konjunkturpaket auf über 2 Bio. EUR. Bis zum Frühjahr 2022 hatte die Kommission fast alle von den Mitgliedstaaten vorgelegten Aufbau- und Resilienzpläne gebilligt. Fast 40 % der Investitionen gehen in Klimaschutzmaßnahmen und mehr als 26 % in den digitalen Wandel. Die Aufbau- und Resilienzpläne enthalten auch **eine Fülle von Strukturreformen**, die langfristige Auswirkungen haben und den grünen und den digitalen Wandel beschleunigen werden. Bislang wurden im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität mehr als 100 Mrd. EUR an die Mitgliedstaaten ausgezahlt. Die Kommission geht davon aus, dass die Impulse für Investitionen im Rahmen von NextGenerationEU das **Wirtschaftswachstum in der EU** bis 2027 um 1,5 % **ankurbeln** und zur Entstehung von 2 Millionen neuen Arbeitsplätzen beitragen könnten.

800 Mrd. EUR

Aufbauplan
NextGenerationEU

40 %

der Investitionen für
Klimaschutzmaßnah
men

26 %

der Investitionen
für den digitalen
Wandel

Mit NextGenerationEU wird in erneuerbare Energie investiert, um den **grünen Wandel zu beschleunigen** und – angesichts der Invasion Russlands in die Ukraine – die EU mithilfe des REPowerEU-Plans lange vor 2030 von fossilen Brennstoffen aus Russland unabhängig zu machen. Wir investieren in grünere Städte mit wiederhergestellter Natur und einem vernetzten ländlichen Raum mit Hochgeschwindigkeits-Internet. Wir investieren in Europas hochtechnologische industrielle Basis, von grünem Stahl bis hin zu erneuerbaren Batterien und Mikrochips, und wir investieren in gleiche und hochwertige Bildungs- und Berufschancen für junge Menschen in der gesamten Europäischen Union.

Um NextGenerationEU zu finanzieren, ist die Kommission auf dem Weg, der **weltweit größte Emittent grüner Anleihen** zu werden, um grüne Politik zu finanzieren. Bis zu 250 Mrd. EUR der Mittel werden über grüne NextGenerationEU-Anleihen aufgebracht, d. h. 30 % von NextGenerationEU. Die Auszahlung der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der Kommission verläuft ebenfalls planmäßig und hängt von der Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen seitens der Mitgliedstaaten ab, wozu auch Strukturreformen wie Förderung von Innovationen oder Schutz der Rechtsstaatlichkeit gehören. **Zivilgesellschaftliche Organisationen, lokale und regionale Interessenträger sowie Sozial- und Wirtschaftspartner** tragen dazu bei, Investitionen dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Ein nachhaltiges Finanzwesen steht im Mittelpunkt des grünen und des digitalen Wandels. Seit der Annahme des ehrgeizigen und umfassenden **Pakets für ein nachhaltiges Finanzwesen** durch die Kommission im April 2021 ist die EU weltweit führend bei der Aufstellung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards auf den Finanzmärkten. Mit der **EU-Taxonomie** wird ein bisher nie da gewesenes Klassifizierungssystem für nachhaltige Tätigkeiten geschaffen. Um grünen Etikettenschwindel zu bekämpfen, aktualisiert die Kommission zudem die EU-Rechtsvorschriften zur **Nachhaltigkeitsberich-**

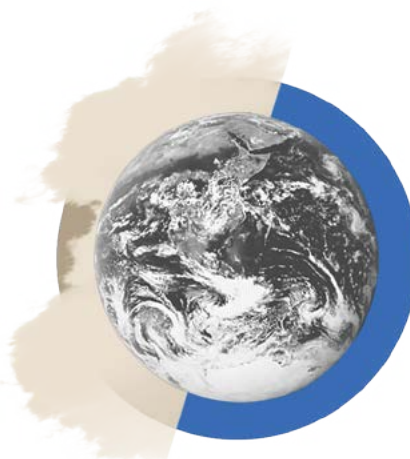
terstattung von Unternehmen, die verlangen, dass große Unternehmen Informationen über ihre Tätigkeiten offenlegen. In Verbindung mit Reformen der Kapitalmärkte schafft die Kommission einen **Binnenmarkt für Kapital**, der nicht nur private Investitionen in den grünen und den digitalen Wandel lenken, sondern auch Verbrauchern, Investoren und Unternehmen solide, effiziente und verlässliche Finanzierungsquellen bieten soll – unabhängig davon, wo in der EU sie sich befinden.

DER ERSTE KLIMANEUTRALE KONTINENT BIS 2050

Der **europäische Grüne Deal** ist Europas Fahrplan auf dem Weg zum ersten klimaneutralen Kontinent bis 2050 und zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Auch vor dem Hintergrund der Pandemie und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ist die Europäische Kommission nicht nur auf Kurs geblieben, sie hat ihre Anstrengungen für den grünen Wandel sogar noch verstärkt, so wie wir es jetzt wieder mit **REPowerEU** tun. Es hängt nicht nur die Gesundheit der Menschen in der EU vom Zustand unseres Planeten ab; auch beruht die Energiesicherheit der EU auf der massiven Umstellung auf erneuerbare Energie. Der grüne Wandel ist eine Generationenchance, um das Wohlergehen und die Widerstandskraft unserer Bevölkerung, der Pflanzen- und Tierwelt und unseres Planeten zu verbessern.

Seit die Kommission von der Leyen den europäischen Grünen Deal – nur zehn Tage nach Beginn ihres Mandats – vorgestellt hat, hat die EU ihre Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zum Schutz der natürlichen Umwelt sowie ihre Investitionen in grüne Technologien beschleunigt. Mit dem **Klimagesetz** haben wir unsere ambitionierten Ziele für 2050 in verbindliches EU-Recht umgesetzt.

Verringerung der Netto-Treibhausgasemissionen um MINDESTENS 55 % by 2030



Das Klimagesetz sieht auch das Zwischenziel einer Verringerung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 vor. Das von der Kommission im Sommer 2021 vorgelegte Paket **Fit für 55** enthält die konkreten Schritte, die erforderlich sind, um unsere Ziele zu erreichen. Der europäische Grüne Deal ist der umfassendste Transformationsplan der Welt. Europa hat die Vision und die Ziele, mit NextGenerationEU verfügen wir über die Investitionen, und jetzt ist es an der **Zeit, die Umsetzung** durch folgende Instrumente **zu beschleunigen**:

Im März 2021 veröffentlichte die Kommission einen **Aktionsplan für die Entwicklung des ökologischen Sektors**, damit die Landwirte in der EU bis 2030 möglichst 25 % der landwirtschaftlichen Flächen biologisch bewirtschaften und die ökologische Aquakultur deutlich ausbauen können. Er enthält konkrete Maßnahmen zur Förderung des Konsums und der Produktion biologischer Erzeugnisse in Verbindung mit einem noch nachhaltigeren Sektor.



Im Januar 2022 beschloss die Kommission die neuen **Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen** („CEEAG“), die einen flexiblen und zweckmäßigen Rahmen schaffen, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, die notwendige Unterstützung zu leisten, um die Ziele des europäischen Grünen Deals gezielt und kosteneffizient zu erreichen.

Auch im März 2022 legte die Kommission ein Paket von Vorschlägen vor, mit denen **nachhaltige Produkte** zur Norm auf dem EU-Markt gemacht werden sollen. Die neuen Vorschriften machen Produkte nachhaltiger, wiederverwendbar, nachrüstbar, reparierbar, recyclingfähig sowie energie- und ressourceneffizienter. Die Vorschläge bauen auf bestehenden Ökodesign-Anforderungen auf, die allein 2021 den Energieverbrauch der Unterhaltungselektronik um

10 % senkten und den Verbrauchern in der EU bei Produkten wie Haushaltsgeräten 120 Mrd. EUR Einsparungen einbrachten. Im Rahmen des neuen Pakets legte die Kommission auch Pläne vor, Textilien dauerhafter, besser reparierbar und recyclingfähiger zu machen, sowie neue Vorschriften, um die Verbraucher beim grünen Wandel zu stärken, indem sie besser über die ökologische Nachhaltigkeit von Produkten informiert und besser vor grünem Etikettenschwindel geschützt werden.

Im Juni 2022 legte die Kommission zwei neue Rechtsakte vor, mit denen die **Natur in der gesamten EU wieder hergestellt** werden soll. Das vorgeschlagene Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels und des Verlusts an biologischer Vielfalt vorzubeugen. Es legt den Schwerpunkt auf die **Wiederherstellung von Feuchtgebieten, Flüssen, Wäldern, Grünland, Meeresökosystemen und städtischen Gebieten** sowie der darin vorkommenden Arten. Mit den neuen vorgeschlagenen Vorschriften über chemische Pestizide wird der **Einsatz von Pestiziden bis 2030 um 50 % reduziert**, der ökologische Fußabdruck des Lebensmittelsystems der EU verringert und die Gesundheit und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und der in der Landwirtschaft Beschäftigten geschützt. Zudem wird dazu beigetragen, die wirtschaftlichen Verluste aufgrund schlechter werdender Bodengesundheit und des durch Pestizide verursachten Rückgangs an Bestäubern abzumildern. Dies ist Teil der EU-Strategie, bis 2030 mindestens 30 % ihrer Landflächen und 30 % ihrer Meeresflächen — wie in der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 dargelegt — gesetzlich zu schützen. Außerdem hat die

REDUZIERUNG des Einsatzes
von Pestiziden um
50 % bis 2030



Kommission einen Vorschlag vorgelegt, mit dem das Inverkehrbringen von Waren und Rohstoffen, die die Entwaldung in anderen Teilen der Welt vorantreiben, auf dem EU-Binnenmarkt ausgeschlossen werden soll.

Damit der grüne Wandel in Europa erfolgreich sein kann, brauchen wir **die Unterstützung und das aktive Engagement der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen** in der gesamten Europäischen Union. Zum europäischen Grünen Deal gehört daher auch ein **europäischer Klimapakt**, der die Menschen in der gesamten EU zusammenbringt, um gemeinsam als ehrenamtliche Botschafterinnen und Botschafter für Klima und Nachhaltigkeit aufzutreten.

Die Notwendigkeit von der Basis ausgehender, gemeinsam gestalteter Lösungen bei der Bekämpfung des Klimawandels ist auch der Grund, warum Präsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union 2020 das **Neue Europäische Bauhaus** ins Leben gerufen hat – um den grünen Wandel zu einer nachhaltigen, angenehmen und inklusiven Erfahrung für die Menschen in ihrem Alltag zu machen. Im September 2021 gab die Kommission die 20 Preisträger der „New European Bauhaus Awards“ und der „New European Bauhaus Rising Stars“ bekannt. Um der wachsenden Gemeinschaft einen öffentlichen Raum zu bieten, rief die Kommission im Frühjahr 2022 das **Labor des Neuen Europäischen Bauhauses** und im Sommer das Festival des Neuen Europäischen Bauhauses ins Leben. Das Labor unterstützt die Gemeinschaft bei der Erprobung der Instrumente, Lösungen und politischen Maßnahmen, die den Wandel vor Ort erleichtern. Auch im neuen Forschungszentrum der Kommission in Sevilla werden diese Ideen in die Praxis umgesetzt: Das Gebäude wird nicht nur vollständig CO₂-neutral sein, sondern auch eine positive Energiebilanz aufweisen. Das neue Europäische Bauhaus zeigt, dass es beim europäischen Grünen Deal nicht einfach nur darum geht, inspirierende wirksame Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels zu finden; es geht vielmehr darum, **unsere Häuser und Städte so zu gestalten und zu bauen, dass wir das Leben im Alltag verbessern**.

Das **Neue Europäische Bauhaus** ist eine Bewegung, die den grünen Wandel für die Menschen im Alltag auf nachhaltige und inklusive Weise erfahrbar machen soll.



Auf weltweiter Ebene hat die Europäische Union auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (**COP 26**) im November 2021 in Glasgow auf erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung des **Pariser Klima-Abkommens** gedrängt und dafür gesorgt, dass das globale Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, in Reichweite bleibt. Als hochinnovative und industrialisierte Region **geht die EU führend voran und inspiriert andere zu folgen**. In Glasgow hat die Kommission 1 Mrd. EUR zum weltweiten Schutz der Wälder zugesagt, da sie für die Eindämmung des Klimawandels und den Schutz der Artenvielfalt von entscheidender Bedeutung sind. Unsere wegweisende Partnerschaft mit Südafrika für eine gerechte Energiewende hilft beim Kohleausstieg und dient als Modell für die Klima- und Technologiekooperation mit anderen Partnern, auch Vietnam. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten nach wie vor den größten Beitrag zur **öffentlichen Klimaschutzfinanzierung** in Entwicklungsländern. Und unsere Grüne Allianz mit Japan bekräftigt unsere enge Zusammenarbeit mit Demokratien, um bis 2050 klimaneutral zu werden.



Maria Teresa Ferres, Nachkomme von fünf Generationen von Fischern aus **Katalonien**, gründete die Genossenschaft „Meer der Frauen“, die die ethische Verbindung mit dem Meer und die Verdeutlichung der Rolle der Frauen im Fischereisektor fördert.

Im Juni 2022 hat die Kommission **Nachhaltigkeitskriterien fest in ihren bilateralen Handelsabkommen verankert**. Dies spielt eine wichtige Rolle, da die EU die größte Handelsmacht der Welt ist. Nach einer Überprüfung der Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in unseren Handelsabkommen wird die EU enger mit ihren Handelspartnern zusammenarbeiten, um zentrale Nachhaltigkeitskriterien – insbesondere das Übereinkommen von Paris und die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation – durchzusetzen und umzusetzen. Das am 1. Juli 2022 geschlossene Handelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein erster Beleg für unsere neuen Ziele. Es enthält modernste Handels- und Nachhaltigkeitsbestimmungen, wozu auch Sanktionen im Zusammenhang mit der Einhaltung des Pariser Klima-Abkommens gehören.

Ebenfalls im Juni hat die EU auf der 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation dazu beigetragen, ein **wegweisendes Übereinkommen zur weltweiten Bekämpfung schädlicher Fischereisubventionen** zu erreichen. Hierdurch werden Subventionen untersagt, die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei und den Fang bereits überfischter Bestände fördern – zwei schwerwiegende Übel, die unsere Ozeane entleeren. Um dies durchzusetzen und bei einem gemeinsamen weltweiten Konzept für den Schutz und die Wiederherstellung der Hohen See voranzugehen, hat die Kommission ihre neue Agenda für die internationale Meerespolitik vorgestellt. Wir erhalten unsere Ozeane für künftige Generationen.

EUROPAS DIGITALE DEKADE VORANBRINGEN

Die EU ist weltweit Vorreiter auf dem Weg zu einer sicheren und vertrauenswürdigen digitalen Welt. Die Coronavirus-Pandemie hat bewiesen, welche Vorteile die Digitalisierung in unserem Alltag hat und warum der **auf den Menschen ausgerichtete digitale Wandel in Europa** der richtige Weg ist. Die Freiheit, sich über Grenzen hinweg mit Freunden und Familie zu verbinden, muss ein Recht und darf kein Privileg sein. Die Freiheit, aus der Ferne zu arbeiten oder zu studieren, wird für viele in Europa jetzt schnell Wirklichkeit, was jungen Familien, Unternehmen und ländlichen Gemeinschaften neue Möglichkeiten eröffnet. Wenn sich unser Privat- und Berufsleben zunehmend im Internet abspielt, sollten auch unsere Grundrechte und Daten im Internet konsequenter geschützt werden.

Im Januar 2022 legte die Kommission den Entwurf einer **europäischen Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen** vor. Das Europäische Parlament und der Rat haben zusammen mit der Kommission den endgültigen Text ausgehandelt, der von allen drei Institutionen angenommen werden soll. Dieser Vorschlag folgt auf eine Reihe bedeutender EU-Rechtsvorschriften, mit denen ein sicherer und freier digitaler Raum in Europa und darüber hinaus geschaffen wird.

Die Kommission hat im April 2021 ihren lange erwarteten Entwurf eines **Gesetzes über künstliche Intelligenz (KI)** veröffentlicht. Es stellt den weitsichtigsten Ansatz auf der Welt dar, KI-Technologien zu regulieren, indem es eine risikobasierte sektorübergreifende Regulierung für die Nutzung von KI-Systemen in der EU und ihrem Binnenmarkt vorgibt. Die Kommission möchte die Vorschriften zu KI EU-weit einheitlich gestalten und dadurch Rechtssicherheit gewährleisten, Investitionen und Innovationen in KI fördern und öffentliches Vertrauen aufbauen, dass KI-Systeme in einer Weise genutzt werden, die die europäischen Werte und Grundrechte achtet.

Das **Daten-Governance-Gesetz** der Kommission, das im Herbst 2021 mit dem Europäischen Parlament und dem Rat vereinbart wurde, stärkt das Vertrauen in die gemeinsame Datennutzung. Es wurde im Februar 2022 durch einen Vorschlag für ein **Datengesetz** ergänzt, das neue Vorschriften darüber enthält, wer in den jeweiligen Branchen in der EU generierte Daten nutzen und darauf zugreifen kann. Unter Einbeziehung privater und öffentlicher Akteure richtet die Kommission außerdem gemeinsame europäische Datenräume in strategischen Bereichen ein.

Ein Meilenstein war im März 2022 die Einigung der gesetzgebenden Organe der EU auf das **Gesetz über digitale Märkte**, das die Tätigkeiten großer digitaler Plattformen („Gatekeeper“) regelt, um einen offenen und fairen europäischen digitalen Binnenmarkt sicherzustellen. Damit unterliegen diese Gatekeeper einer Reihe klar definierter Verpflichtungen und

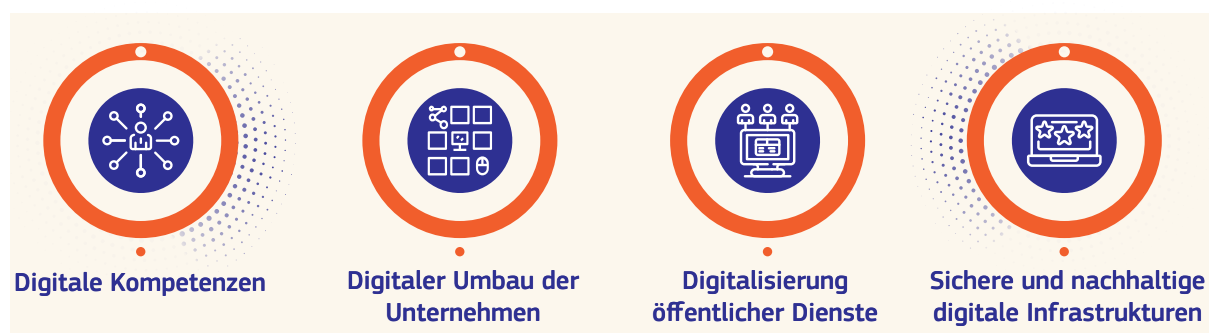
Verbote, die große digitale Unternehmen daran hindern, ihre Marktmacht zu missbrauchen und neuen Marktteilnehmern den Markteintritt unmöglich zu machen. Mit dem Gesetz über digitale Märkte wird die Kommission zur weltweit ersten Durchsetzungsstelle für die Regulierung der großen Technologiemarkte, die zahlreiche Praktiken und digitale Dienste abdeckt.

Ein weiterer Meilenstein wurde im April dieses Jahres mit dem **Gesetz über digitale Dienste** erzielt, das im Bereich der digitalen Regulierung weltweit einzigartig ist. Dieser Rechtsakt folgt dem Grundsatz, dass das, was offline illegal ist, auch online illegal sein muss: Für sehr große Plattformen und Suchmaschinen wird es strengere Anforderungen geben, um ihre Nutzer vor illegalen Inhalten, Waren und Dienstleistungen zu schützen. Darüber hinaus werden die Plattformen und Suchmaschinen verpflichtet sein, die weiter reichenden Schäden zu bewerten und zu mindern, die ihre Tätigkeiten und Algorithmen für die Grundrechte, das Wohlergehen von Kindern und den gesellschaftlichen Diskurs verursachen könnten. Sowohl das Gesetz über digitale Märkte als auch das Gesetz über digitale Dienste wurden vom Plenum des Europäischen Parlaments Anfang Juli angenommen, treten dieses Jahr in Kraft und sind ab 2023 anwendbar.

Ein auf den Menschen ausgerichteter digitaler Wandel ist die Grundlage, auf der die **vier Säulen** der digitalen Dekade Europas stehen: Stärkung der Bürgerinnen und Bürger durch Vermittlung digitaler Kompetenzen; Digitalisierung von Unternehmen; Digitalisierung des öffentlichen Dienstes und Ausbau der digitalen Infrastruktur. Das mit dem Europäischen Parlament und dem Rat im Juli 2022 vereinbarte **politische Programm für die digitale Dekade** legt konkrete



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besucht das Halbleiterwerk Advanced Semiconductor Materials Lithography (ASML) in Eindhoven, Niederlande.



Ziele für diese vier Säulen fest und sorgt für einen robusten Umsetzungsmechanismus. Mit den 250 Mrd. EUR von NextGenerationEU zur Ankurbelung der Digitalisierung kommt Europa bei allen vier Säulen voran. Beispielsweise wird die Kommission in diesem Jahr einen Vorschlag für einen Rechtsakt zur Konnektivitätsinfrastruktur annehmen, um einen effizienteren und schnelleren Aufbau elektronischer Kommunikationsnetze mit sehr hoher Kapazität einschließlich Glasfaser und 5G in der gesamten EU zu fördern.

Der Vorschlag für ein **europäisches Chip-Gesetz**, den die Kommission im Februar 2022 angenommen hat, ist ein Vorzeigeprojekt für den Wandel der EU. Ohne Mikrochips gibt es keine digitale Zukunft. Sie befinden sich in unseren Telefonen, Computern, Autos, Medizinprodukten und allen angeschlossenen Geräten. Die anhaltenden Lieferkettenunterbrechungen durch die Pandemie haben die Notwendigkeit von Investitionen noch verstärkt. Dabei gilt es, aufbauend auf der Grundlage der erstklassigen Halbleiterforschung Europas wieder in den Spitzenbereich von Konzeption und Produktion zurückzukehren. Die EU und die Mitgliedstaaten mobilisieren 43 Mrd. EUR an öffentlichen Investitionen. Dadurch wurde bereits der größte Chiphersteller der Vereinigten Staaten dazu veranlasst, 19 Mrd. EUR in der EU zu investieren.

Der Vorschlag für ein **europäisches Chip-Gesetz** ist ein Vorzeigeprojekt für den Wandel in Europa.

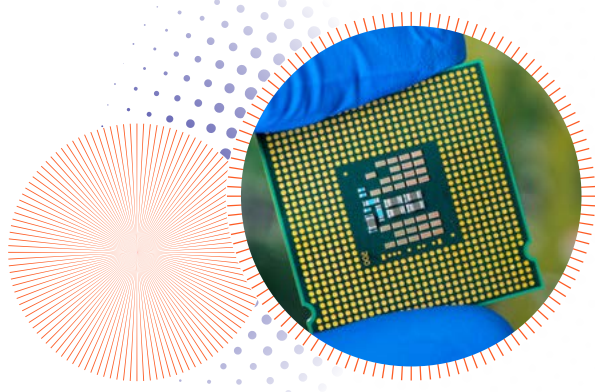
Parallel dazu nahm die Kommission eine überarbeitete Mitteilung über das Beihilferecht bei **wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse** an, um große grenzüberschreitende Infrastrukturinvestitionen in bahnbrechende Innovationen, beispielsweise in die Wertschöpfungskette für Batterien, zu unterstützen.

Zwei neue Grenzbereiche, in die der digitale Wandel vordringt, sind das Finanzwesen und der Weltraum, und auch hier ist die EU Vorreiter. Im Januar 2021 vereinbarten die Kommission und die Europäische Zentralbank, gemeinsam verschiedene Gestaltungsoptionen und die damit verbundenen regulatorischen Auswirkungen des **digitalen Euro** zu untersuchen. Eine digitale Form von Zentralbankgeld würde Verbrauchern und Unternehmen mehr Möglichkeiten bieten. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung, des raschen Wandels in der Zahlungslandschaft und des verstärkten Aufkommens von Kryptowerten könnte der digitale Euro eine Bargeld-Ergänzung werden, mit der wir auf neue Anforderungen im Zahlungsverkehr reagieren.

Um die Finanzstabilität zu wahren und dabei zugleich Innovationen zu ermöglichen und die Attraktivität der Kryptowährungen zu steigern, schützt die EU als erste regulierende Instanz der Welt ihre Bürgerinnen und Bürger vor einigen der mit Kryptowertanlagen verbundenen Risiken. Im Juni 2022 erzielten die gesetzgebenden Organe der EU eine wegweisende Einigung über die von der Kommission vorgeschlagene **Kryptowert-Verordnung**.

Das **Weltraumprogramm** der EU bietet bereits ausgezeichnete Daten und Dienste für eine breite Palette von Anwendungen im Alltag, z. B. zur Unterstützung des Handelsverkehrs und persönlicher Navigationsdienste, der Präzisionslandwirtschaft und der Bekämpfung des Klimawandels. Im Februar 2022 hat die Europäische Kommission zwei neue Leitinitiativen vorgeschlagen, um die **satellitengestützte sichere Konnektivität** und das **Weltraumverkehrsmanagement** weiterzuentwickeln.

Der im Juni 2021 eingerichtete **Handels- und Technologierat EU-USA**, bietet der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten eine wirksame Plattform, um ihre Vorgehensweise miteinander abzustimmen und die Zusammenarbeit in zentralen digitalen, technologischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen zu vertiefen. Zum ersten Mal kam er am 29. September 2021 in Pittsburgh (Pennsylvania) zusammen, und die zweite Sitzung fand am 16. Mai 2022 in Paris-Saclay (Frankreich) statt. Die Ko-Vorsitzenden der EU und der USA konnten auf starken Grundlagen aufbauen und kündigten neue Initiativen in den Bereichen Lieferketten, Ernährungssicherheit, neue Technologien, digitale Infrastruktur und Handel an. Diese Initiativen werden unsere gemeinsamen demokratischen Werte festigen und die transatlantische globale Wettbewerbsfähigkeit stärken, Arbeitskräften und Familien auf beiden Seiten



des Atlantiks zugutekommen und den digitalen und technologischen Wandel auf der Welt prägen.

Darüber hinaus kamen Präsidentin von der Leyen und Indiens Premierminister Narendra Modi im April 2022 überein, einen **Handels- und Technologierat EU-Indien** einzurichten, um die wichtigsten Herausforderungen in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Technologie anzugehen und die Zusammenarbeit in diesen Bereichen voranzubringen. Die Europäische Union arbeitet mit gleich gesinnten Partnern weltweit an globalen Regeln im digitalen Bereich. Wir vertiefen die digitalen Beziehungen zu zentralen Partnern, um die Regeln für den digitalen Handel in Verbindung mit der Präsentation unserer internen Reformen festzulegen. Beim Gipfeltreffen EU-Japan im Mai 2022 wurde eine digitale Partnerschaft besiegelt; ähnliche Verhandlungen laufen mit Singapur und Südkorea.

FORSCHUNG UND INNOVATION VON WELTRANG

Horizont Europa ist mit 95,5 Mrd. EUR für den Zeitraum bis 2027 ausgestattet und damit das größte transnationale Forschungs- und Innovationsprogramm der Welt. Sowohl für den grünen als auch für den digitalen Wandel in Europa sind Forschung und Innovation von Weltrang. Im September 2021 startete die Kommission **fünf Forschungs- und Innovationssmissionen der EU**, um konkrete Lösungen für einige unserer größten Herausforderungen zu finden.

Am 14. Oktober 2021 wählte der **Europäische Innovationsrat**, eine Leitinitiative von Horizont Europa, 65 innovative Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen aus, die Finanzmittel in Höhe von 363 Mio. EUR für bahnbrechende Innovationen in Bereichen wie Gesundheitsfürsorge, digitale Technologien, Energie, Biotechnologie und Weltraum erhalten. Weitere 99 Start-ups wurden im Dezember 2021 ausgewählt und erhalten bis zu 627 Mio. EUR. Im Juni 2022 brachte die Kommission eine mit 20 Mio. EUR ausgestattete Unterstützungsmaßnahme des Europäischen Innovationsrats für mindestens 200 technologieintensive Start-up-Unternehmen aus der Ukraine auf den Weg und wählte weitere 74 innovative Start-ups und mittelständische Betriebe aus. Sie sollen 382 Mio. EUR erhalten.

Die neue **europäische Innovationsagenda** wurde im Juli 2022 angenommen und umfasst fünf wichtige Leitprogramme, mit denen die EU im Bereich der technologieintensiven Innovationen weltweit führend werden soll. Sie hat das Potenzial, rund 45 Mrd. EUR von privaten institutionellen Investoren zur Unterstützung von Scale-ups zu mobilisieren. Darüber hinaus wird im Rahmen der Agenda ein Programm zur Schulung von 1 Million Menschen im Bereich technologieintensiver Innovationen aufgestellt, insbesondere auf Gebieten wie moderne Werkstoffe und synthetische Biologie bis hin zu sauberen Technologien.

Mit **EU-Catalyst**, einer neuen Partnerschaft, die Investitionen in EU-basierte Projekte mit hoher Wirkung im Bereich kritischer Klimatechnologien im Sinne einer Netto-Null-Wirtschaft ermöglichen soll (grüner Wasserstoff, nachhaltige Flugkraftstoffe, direkte Luftabscheidung und Langzeit-Energiespei-

MISSIONSBEREICHE



Bodengesundheit und
Lebensmittel



Anpassung an den
Klimawandel (und
gesellschaftlichen Wandel)



Krebsbekämpfung



Klimaneutrale und
intelligente Städte



Gesunde Ozeane, Meere, Küsten-
und Binnengewässer

cherung), steigt die Kommission auch verstärkt in umweltfreundliche Technologieprojekte ein. Die Partnerschaft wurde auf der COP 26 ins Leben gerufen, soll bis 2026 bis zu 840 Mio. EUR mobilisieren und zur Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals und der Klimaziele der EU für 2030 beitragen.

Vom **Europäischen Forschungsrat** geförderte Forschende erhielten im vergangenen Jahr höchste internationale Preise für medizinische Forschung, Astrophysik, Mathematik sowie zwei Nobelpreise für Chemie und Physik. Jüngste Umfragen haben gezeigt, dass der Europäische Forschungsrat Hunderte von Forschungsprojekten finanziert hat, die für den Klimaschutz, die Gesundheitspolitik und den digitalen Wandel der EU von entscheidender Bedeutung sind, während mehr als jeder zehnte Stipendiat ein Start-up gründete oder die Forschungsergebnisse an andere Unternehmen weitergab.

Darüber hinaus wird die EU mit Unterstützung aus dem Programm Horizont Europa die Zahl der **Wasserstofftöler** bis 2025 von derzeit 21 auf 50 mehr als verdoppeln, indem sie mehr Investitionen aus der Industrie und den Mitgliedstaaten hebelt. Die EU wird auch das bestehende Netz der Wasserstofftöler auf andere Teile der Welt ausweiten, indem sie weltweit mit der Innovationsmission (die globale Initiative zur Beschleunigung von Innovationen im Bereich der sauberen Energie durch maßnahmenorientierte Zusammenarbeit) 100 Wasserstofftöler entwickelt. Darüber hinaus hat die Kommission im Rahmen des Programms Erasmus+ rund 4 Mio. EUR im Sinne einer langfristigen Partnerschaft zwischen Industrie und Bildung bereitgestellt, um die **für die Wasserstoffwirtschaft erforderlichen Kompetenzen** zu entwickeln und sie allen Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Nach der russischen Invasion der Ukraine beendete die EU die Teilnahme russischer Einrichtungen und verbundener Stellen an den Forschungs- und Innovationsprogrammen der EU, schloss eine künftige Zusammenarbeit mit sämtlichen russischen juristischen Personen aus und leitete Unterstützungsmaßnahmen für die Forschungsgemeinschaft der Ukraine ein. **Im Rahmen von Horizont Europa kommt die Ukraine ohnehin für EU-Förderungen in Betracht.** Die Kommission hat bereits im Rahmen einer neuen Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahme 25 Mio. EUR bereitgestellt, mit der **200 Stipendien an Forschende aus der Ukraine** für die Forschung an EU-Hochschulen vergeben wurden.

NIEMANDEN IN EUROPA ZURÜCKLASSEN

Im Mittelpunkt des grünen und des digitalen Wandels muss soziale Gerechtigkeit stehen, damit die **Werte der europäischen sozialen Marktwirtschaft** widerspiegelt werden. Aus diesem Grund hat die Kommission von der Leyen den **Mechanismus für einen gerechten Übergang** eingerichtet, mit dem bis zum Jahr 2027 bis zu 55 Mrd. EUR für die am stärksten betroffenen Regionen der EU mobilisiert werden. Außerdem hat sie einen **Klima-Sozialfonds** vorgeschlagen, der direkt aus den Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandelssystem finanziert werden soll, um den finanziell schwächsten Haushalten in unserer Gesellschaft dabei zu helfen, ihre Kosten für Energie und Mobilität zu bewältigen.

Im Juni 2022 erzielten das Parlament und der Rat eine historische Einigung über die **Richtlinie über angemessene Mindestlöhne.**

Die EU hat zuerst auf die Pandemie und jetzt auf den russischen Krieg gegen die Ukraine wirkungsvoll reagiert – dank einer Kombination aus kurzfristiger Flexibilität und langfristiger Vision. Dieser flexible Ansatz, der auf europäischen sozialen Marktwerten beruht, kommt im Instrument der Kommission zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (**SURE**) zum Ausdruck. SURE hat den Arbeitgebenden geholfen, ihr Personal nicht entlassen zu müssen, indem während der Lockdowns Löhne und Gehälter gezahlt wurden.



Mit **SURE** wurden fast 30 % aller Beschäftigten und ein Viertel aller Unternehmen in den **19 EMPFÄNGERLÄNDERN** unterstützt.



92 Mrd. EUR Finanzhilfe wurden unmittelbar zugunsten der Empfänger an 19 Mitgliedstaaten ausgezahlt. 2020 allein wurden mithilfe von **SURE** rund 31 Millionen Menschen in der EU und 2,5 Millionen Unternehmen **unterstützt**. Mit SURE wurden fast 30 % aller Beschäftigten und ein Viertel aller Unternehmen in den 19 Empfängerländern unterstützt. Auch 2021 wurden durch SURE Arbeitsplätze erhalten, und zugleich wurde die Grundlage für einen robusten wirtschaftlichen Aufbau geschaffen.

Heute ist der Arbeitsmarkt der EU so robust wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Zwischen Anfang 2021 und Anfang 2022 **wurden in der EU knapp 6 Millionen Arbeitsplätze geschaffen**. Im Zuge der Erholung der Wirtschaft vollzogen die Mitgliedstaaten entsprechend der Empfehlung der Kommission für eine wirksame aktive Beschäftigungsförderung (**EASE**) allmählich den Übergang von Kurzarbeitsregelungen zu vorausschauenden Maßnahmen. Trotz der schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Ukraine-Krieges auf bestimmte Sektoren sind die Beschäftigungszahlen in der EU bislang weitgehend unverändert geblieben, und die Arbeitslosigkeit hat (mit 6,0 % im Juni 2022) einen historischen Tiefstand erreicht. Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Unsicherheit geht aus den aktuellen Projektionen hervor, dass die Beschäftigung auch 2023 weiter zunehmen dürfte.

Ein weiteres Instrument für den gemeinsamen Aufbau überall in der EU, insbesondere zur **Ankurbelung des Wachstums in weniger entwickelten Regionen**, ist die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (**REACT-EU**). Die Mittel der Kohäsionspolitik wurden erheblich mit mehr als

50 Mrd. EUR aufgestockt. REACT-EU war mit der ersten Zahlung bereits im Juni 2021 das erste Instrument, das im Rahmen von **NextGenerationEU** genutzt wurde. Diese rasche Maßnahme hat die Auswirkungen der durch die Pandemie verursachten Krise abgemildert und eine Brücke zum langfristigen Aufbauplan geschaffen. REACT-EU unterstützt Unternehmen und Unternehmensentwicklung, stärkt die Gesundheitssysteme, finanziert Schulungs- und Beschäftigungsprogramme und stellt Schulausrüstung und Material für die Bedürftigsten bereit.

Staatliche Beihilfen waren ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Reaktion der Kommission auf die Pandemie, was die Wirtschaft betrifft. Seit Beginn der Krise hat die Kommission über 1430 Beihilfebeschlüsse erlassen, mit denen knapp 1010 nationale Maßnahmen in Höhe von schätzungsweise insgesamt 3,2 Bio. EUR genehmigt wurden. Der Befristete Rahmen für staatliche Beihilfen angesichts COVID-19 lief am 30. Juni 2022 aus.

Im November 2021 nahm die Kommission eine Mitteilung über eine **Wettbewerbspolitik, die auf neue Herausforderungen vorbereitet ist**, an. Dort wird die wichtige Rolle der Wettbewerbspolitik für den Weg der Erholung Europas, den grünen und digitalen Wandel und für einen widerstandsfähigen Binnenmarkt betont. Hervorgehoben wird, dass die Wettbewerbspolitik in der Lage ist, sich an neue Marktgegebenheiten, politische Prioritäten und Kundenbedürfnisse anzupassen. Darüber hinaus überprüft die Kommission derzeit die wettbewerbspolitischen Instrumente, um sicherzustellen, dass Fusions-, Kartell- und Beihilfenkontrolle weiterhin ihren Zweck erfüllen, und ihr bestehendes Instrumentarium gegebenenfalls zu ergänzen.

Die Pandemie hat gezeigt, dass eine starke soziale Marktwirtschaft, die das Wohlergehen der Menschen an erster Stelle stellt, auch nach der Pandemie das belastbarste Modell für eine technologiegeprägte Welt ist. Der Aktionsplan zur **europäischen Säule sozialer Rechte**, der im März 2021 angenommen wurde, schlägt drei ehrgeizige EU-Kernziele für 2030 in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung vor und wurde von den EU-Spitzen beim Gipfel in Porto begrüßt. Mit einem Gesamtbudget von 99 Mrd. EUR ist der **Europäische Sozialfonds** ein wichtiges Finanzinstrument für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Im Juni 2022 legten alle Mitgliedstaaten ihre nationalen Ziele vor und stellten so ihre Entschlossenheit unter Beweis, die auf dem **Gipfel von Porto** gegebenen Zusagen einzuhalten.

Im Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte festgelegte Kernziele für 2030

Mindestens

78 %

der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollen bis 2030 erwerbstätig sein

Mindestens

60 %

aller Erwachsenen sollen bis 2030 jährlich an Fortbildungen teilnehmen

Verringerung von mindestens

15 Millionen

in der Zahl von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Personen

Die im Juli 2020 vorgestellte **europäische Kompetenzagenda** ist ein Fünfjahresplan, mit dem Einzelpersonen und Unternehmen dabei unterstützt werden sollen, ihre Kompetenzen zu erweitern und zu verbessern, Beschäftigungslücken zu schließen und in der grüneren, stärker digitalisierten Wirtschaft Erfolg zu haben. Der im November 2020 ins Leben gerufene Kompetenzpakt bringt Unternehmen, Arbeitskräfte, lokale Behörden, Sozialpartner, Bildungsanbieter und Arbeitsvermittlungsdienste zusammen, um festzustellen, welche Kompetenzen in verschiedenen Branchen benötigt werden, und Verpflichtungen für die Umschulung von Arbeitnehmern einzugehen.

Bislang haben sich mehr als 600 Organisationen dem Pakt angeschlossen und zugesagt, die Fortbildung von 1,5 Millionen Menschen zu unterstützen.

Im Juni 2022 nahm der Rat Empfehlungen zu **individuellen Lernkonten und Microcredentials** an. Damit Europa auch im Bereich der Bildung auf Weltklassenniveau bleibt, hat die Kommission eine **europäische Hochschulstrategie** auf den Weg gebracht, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulsysteme durch eine umfassendere und vertiefte transnationale Zusammenarbeit erheblich verbessern wird. Dadurch werden bessere Bedingungen geschaffen, damit Talente in der wissensbasierten Gesellschaft ihr Potenzial erfolgreich entfalten können.

Im Juni 2022 erzielten das Parlament und der Rat eine **historische Einigung über die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne**, die die Kommission im Oktober 2020 vorgeschlagen hatte. Diese Richtlinie war von Anfang an eine Priorität der Kommission von der Leyen. Sie wird dazu beitragen, für angemessenere Mindestlöhne zu sorgen und den Zugang von Arbeitskräften zum Mindestlohnschutz in der gesamten EU zu verbessern.

Um das Personal vor neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Arbeitswelt zu schützen, hat die Kommission im Dezember 2021 eine **Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit** vorgeschlagen. Mit dem Vorschlag soll sichergestellt werden, dass über digitale Arbeitsplattformen Tätigen der rechtmäßige Beschäftigungsstatus gewährt wird, der ihrer tatsächlichen Arbeit entspricht, und dass sie die Rechte im Arbeitsverhältnis und die Sozialleistungen in Anspruch nehmen können, die ihnen zustehen. Er befasst sich auch mit der komplexen Frage des Managements von Plattformen mithilfe von Algorithmen, um hier menschliche Aufsicht und Transparenz zu gewährleisten.

Ebenfalls im Dezember legte die Kommission einen **Aktionsplan für die Sozialwirtschaft** vor. Mehr Unterstützung für die Sozialwirtschaft schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern ermöglicht es den

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine kam die **rumänische** Wirtschaft zusammen, um jobs4ukr.com ins Leben zu rufen, eine Plattform zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge bei der EU-weiten Suche nach Arbeit.



betreffenden Organisationen darüber hinaus, ihre soziale Wirkung in der gesamten EU zu verstärken. Der Aktionsplan ebnet sozialwirtschaftlichen Organisationen den Weg, zu florieren und zu wachsen, indem ihre Sichtbarkeit erhöht wird, geeignete politische und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden und ihnen bei der Gründung und Expansion geholfen wird.

Bei der Reform der Unternehmensbesteuerung gehen die EU und ihre Mitgliedstaaten weltweit voran. Nachdem 137 Länder ein internationales Übereinkommen über einen effektiven Steuersatz von 15 % unterzeichnet hatten, schlug die Kommission 2021 eine Richtlinie vor, mit der ein effektiver Mindeststeuersatz für die weltweiten Tätigkeiten großer multinationaler Konzerne sichergestellt wird. Damit löst sie die Zusage der EU ein, unverzüglich und als eine der ersten die **historische Vereinbarung über eine globale Steuerreform** umzusetzen, deren Ziel ein fairer, transparenter und stabiler Rahmen für die internationale Unternehmensbesteuerung ist.

GLOBAL GATEWAY: EUROPAS TOR ZUR WELT

Im Herbst 2021 kündigte Präsidentin von der Leyen **Global Gateway** an, Europas Angebot an eine Welt, die massive Investitionen braucht: Investitionen in saubere Energie, in hochwassersichere Straßen und Brücken sowie in Gebäude, die extremen Hitzewellen standhalten; Investitionen zur Vorbereitung der Gesundheitssysteme auf die Pandemien der Zukunft und zur Anpassung der Landwirtschaft an trockenere Bedingungen; Investitionen, um unsere Arbeitskräfte mit Kompetenzen auszustatten, die für die Arbeitsplätze von morgen benötigt werden; oder Investitionen in die digitale Infrastruktur, denn Daten sind der Motor der neuen Wirtschaft.

Global Gateway wird dazu beitragen, solche – öffentlichen oder privaten – Investitionen zu ermöglichen. Dies wird intelligente, saubere und sichere Verbindungen in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr fördern und die Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme weltweit stärken. Deshalb weitet die EU ihr Angebot für ihre Partner aus, **um weltweit große Infrastrukturprojekte zu fördern**, wobei der Schwerpunkt auf der Förderung des grünen und digitalen Wandels liegt. Team Europa will bis 2027 Investitionen in Höhe von bis zu 300 Mrd. EUR mobilisieren, davon die Hälfte in Afrika.

Global Gateway beruht auf **fünf Grundsätzen**: Nachhaltigkeit, Ausweitung der Menschenrechte und der sozialen Rechte, gute Regierungsführung, Sicherheit sowie Einbindung privater Investitionen. Es geht darum, den Ländern bessere, **wertebasierte** Optionen zu bieten. Bei der Umsetzung dieser Initiative wird die EU eng mit gleich gesinnten Partnern zusammenarbeiten.

Dank Global Gateway unterstützt die EU den Bau **zweier Fabriken in Ruanda und Senegal zur Herstellung modernster mRNA-Impfstoffe**. Ab nächstem Jahr werden diese Impfstoffe ohne Gewinnerzielungsabsicht an afrikanische Länder verkauft. Ähnliche Arbeiten laufen mit Ghana und Südafrika. Außerdem wird mit Global Gateway bereits die **Große Grüne Mauer unterstützt**, um von Niger und Senegal bis nach Äthiopien die Lebensmittelerzeugung als Bollwerk gegen Ernährungsunsicherheit und Klimawandel zu fördern.

Die EU investiert kräftig in Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in unserer europäischen Nachbarschaft. Für den **Westbalkan** verfügt die EU über ein Wirtschafts- und Investitionspaket in Höhe von fast 30 Mrd. EUR – ein Drittel des gesamten Bruttoinlandsprodukts der Region. Hierbei handelt es sich um zehn Schlüsselinvestitionen in den Bereichen nachhaltiger Verkehr, saubere Energie, Umwelt und Klima, digitale Zukunft, Privatwirtschaft und Humankapital. Darüber hinaus wird mit EU-Investitionen auch die zügige Energiewende im westlichen Balkan und der Ausstieg aus der Kohle als Primärenergiequelle unterstützt. 2022 hat die EU auch einen wichtigen Schritt zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien unternommen.



Für die **Östliche Partnerschaft** mobilisiert die EU Investitionen in Höhe von bis zu 17 Mrd. EUR in allen Bereichen. Dies schließt Projekte zur digitalen Vernetzung wie **Glasfaser unter dem Schwarzen Meer** und die Entwicklung einer Hochgeschwindigkeits-Breitbandinfrastruktur ein. Außerdem wollen wir Verkehrslinien einrichten, die den Personen- und Güterverkehr zwischen dem Kaukasus und der EU erleichtern. Weitere 30 Mrd. EUR werden in der südlichen Nachbarschaft investiert, vor allem in die Infrastruktur für erneuerbare Energie.

Die Investitionen im Rahmen des Global Gateway sind nachhaltig – sowohl was die Umwelt betrifft als auch im Hinblick auf die finanzielle Situation unserer Partnerländer. Bei unseren Investitionen stehen die Menschen immer an erster Stelle. Daher gestalten wir die **Projekte stets gemeinsam mit unseren Partnern**, damit die lokalen Gemeinschaften nachhaltig davon profitieren. Europa hat hier ein klares strategisches Interesse. Wir haben ein Interesse daran, für unseren Planeten zusammenzuarbeiten, unsere Nachbarn und Partner widerstandsfähiger gegen Schocks jeder Art zu machen und nicht nachhaltige Abhängigkeiten durch ausgewogenere wechselseitige Verflechtungen zu ersetzen.

GLOBAL GATEWAY: 5 PRIORITÄTSBEREICHE FÜR INVESTITIONEN



DIGITALISIERUNG

Die EU wird sich für ein offenes und sicheres Internet einsetzen



KLIMA UND ENERGIE

Die EU wird Investitionen und Vorschriften fördern, die den Weg für die Energiewende ebnen



VERKEHR

Die EU wird alle umweltfreundlichen, intelligenten und sicheren Verkehrsträger fördern



GESUNDHEIT

Die EU wird dazu beitragen, die Lieferketten und die lokale Impfstoffproduktion zu stärken



BILDUNG UND FORSCHUNG

Die EU wird in hochwertige Bildung investieren, mit einem besonderen Schwerpunkt auf Mädchen und Frauen sowie auf schutzbedürftigen Gruppen

4. DIE PFEILER DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIE

DIE KOMMISSION TRITT FÜR DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT EIN

Die Demokratie in Europa ist in Gefahr. Russlands Überfall auf die Ukraine ist ein Krieg gegen die Demokratie. Eine Kriegserklärung an die Idee, dass allein die ukrainische Bevölkerung über ihre Zukunft entscheidet. Unsere Unterstützung für die Ukraine nährt sich unmittelbar aus **unseren demokratischen Werten**. Beim Blick auf unsere Union sehen die Menschen in der Ukraine Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit sowie individuelle und wirtschaftliche Freiheit. Das ist das Markenzeichen der Europäischen Union. Unsere Demokratie darf jedoch nicht als gegeben betrachtet werden. Sie muss tagtäglich gehegt und gepflegt werden. Diese Aufgabe hat sich die Kommission von der Leyen von Beginn an auf die Fahne geschrieben.

Auch die repräsentative Demokratie bedarf einer stetigen Verjüngung. Im November 2021 legte die Kommission im Zuge des im europäischen Aktionsplan für Demokratie angekündigten Schutzes integrierter Wahlen und der Förderung des demokratischen Diskurses einen **Vorschlag zur Transparenz und Ausrichtung politischer Werbung** vor. Hierdurch soll politische Werbung eindeutig als solche gekennzeichnet werden und Informationen darüber enthalten, wer wie viel dafür bezahlt hat. Die Kommission schlug ferner vor, die geltenden EU-Vorschriften über europäische politische Parteien und Stiftungen sowie betreffend „mobile Bürger“ (die in einem anderen EU-Land leben) zu aktualisieren. Von

den rund 13,5 Millionen Menschen, die hierunter fallen, machen nur wenige von ihrem Wahlrecht bei Europa- und Kommunalwahlen Gebrauch. Die neuen Vorschläge machen ihnen die Stimmabgabe leichter.

Die Kommission ist die Hüterin der Verträge. Es ist ihre Pflicht, die Rechte der EU-Bürger/innen zu schützen, unabhängig davon, wo in unserer Union sie leben. Die Rechtsstaatlichkeit ist das Bindemittel, das die Europäische Union zusammenhält. Sie ist Voraussetzung für den Schutz der Werte, auf die sich die EU gründet: Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Achtung der Menschenrechte. Und hierzu haben sich alle 27 Mitgliedstaaten als Teil der EU, als souveräne Staaten und freie Menschen verpflichtet.

Die Kommission von der Leyen hat epochale Maßnahmen ergriffen, damit die EU Rechtsstaatlichkeit noch konsequenter durchsetzen und schützen kann. Die Kommission hat einen komplexen **Rechtsstaatlichkeitsmechanismus** eingerichtet, der einen jährlichen Dialog mit dem Europäischen Parlament, dem Rat, den Mitgliedstaaten und ihren Parlamenten, der Zivilgesellschaft und anderen Interessenträgern in Sachen Rechtsstaatlichkeit vorsieht.

Zur Erleichterung dieses Dialogs erstellt die Kommission **Jahresberichte zur Rechtsstaatlichkeit** für vier Schlüsselbereiche: Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus sowie sonstige institutionelle Fragen in puncto Gewaltenteilung. Die Berichte bewerten die Lage in der EU insgesamt und enthalten 27 Länderkapitel zu den Entwicklungen in den Mitgliedstaaten. Bislang wurden drei solcher Jahresberichte veröffentlicht, zuletzt im Juli 2022. Ab diesem Jahr enthalten die Berichte spezifische Empfehlungen für die Mitgliedstaaten.

Die Kommission ist verantwortlich für den Schutz des EU-Haushalts vor Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit. Ab 2021 verfügt der Unionshaushalt über eine zusätzliche Schutzebene vor derartigen Verstößen. Das ist einer auch als **„Konditionalitätsverordnung“** bekannten allgemeinen Konditionalitätsregelung zum Schutz des EU-Haushalts zu verdanken, die seit Januar 2021 in Kraft ist. Dieser



Mechanismus ist das Herzstück von NextGenerationEU und des EU-Haushalts. Sobald Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung oder die finanziellen Interessen der EU gefährden oder dies ernsthaft zu tun drohen, sind Maßnahmen zu ergreifen.

Gemäß Haushalts-Konditionalitätsverordnung richtete die Kommission am 27. April 2022 eine **schriftliche Mitteilung an die ungarische Regierung**. Nach Ansicht der Kommission beeinträchtigen verschiedene Rechtsstaatlichkeitsfragen in Ungarn die solide Haushaltsführung der Union oder die finanziellen Interessen der Union oder drohen ernsthaft, dies zu tun. Diese Mitteilung eröffnete ein Verfahren, in dem die Kommission mit den nationalen Behörden erörtere, wie die aufgeworfenen Fragen konstruktiv angegangen werden könnten. Am 22. August übermittelte Ungarn Anmerkungen und Abhilfemaßnahmen. Die Kommission prüft nun diese Antwort, bevor sie entscheidet, ob sie Maßnahmen zur Annahme durch den Rat vorschlägt.

Die Europäische Union investiert momentan mehr Geld denn je, damit unsere Erholung in Schwung kommt und damit wir unabhängig von fossiler Energie aus Russland werden. Deshalb müssen wir besonders darauf achten, dass dieses Geld ordnungsgemäß und gezielt verwendet wird. Das ist nicht nur ein zentraler Grundsatz unserer Demokratie: So schaffen wir in dieser schwierigen Zeit auch Vertrauen bei Investoren und Unternehmen.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen ebenfalls im Mittelpunkt des EU-Beitrittsprozesses. Das erwarten die Bürger/innen des Westbalkans, der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens für ihre Länder, und diese Werte bilden den Kern des Grundsatzes „**Wesentliches zuerst**“ der Erweiterungsmethodik.

JOURNALISMUS UND FREIE MEINUNGSAUSSERUNG

Ein Grundsatz der Demokratie besagt, dass die Regierung dem Volke dient. Demokratien sorgen dafür, dass ihre Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen treffen und ihre gewählten Vertreter zur Rechenschaft ziehen können. Voraussetzung hierfür ist ein kostenloser und guter Zugang zu Informationen. Deshalb sind **Medienfreiheit und -pluralismus** für ein gut funktionierendes demokratisches System unerlässlich. Im **europäischen Aktionsplan für Demokratie** bilden sie einen Schwerpunkt.

Im Dezember 2021 betonte Präsidentin von der Leyen beim von US-Präsident Biden ausgerichteten Demokratie-Gipfel: „Wir müssen die Demokratie jeden Tag aufs Neue hegen und pflegen, denn wir wissen, wie schnell und wie verheerend sich die Dinge ändern können“. Mit dem 1,5 Mrd. EUR schweren Programm „**Europa in der Welt – Menschenrechte und Demokratie**“ will die Kommission die EU-Maßnahmen zur Wahrung und zum Schutz der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, der Demokratie, der



Rechtsstaatlichkeit sowie von zivilgesellschaftlichen und Menschenrechtsorganisationen bis 2027 weltweit aufstocken.



Unter Lebensgefahr berichten mutige Journalistinnen und Journalisten über die humanitären Folgen des Ukraine-Krieges. Der **französische** Fernsehjournalist Frédéric Leclerc-Imhoff starb mit nur 32 Jahren bei einem russischen Angriff auf einen Hilfskonvoi in der Ukraine.

Im Rahmen ihrer 335 Mio. EUR schweren humanitären Ukraine-Hilfe unterstützt die Kommission die **unabhängigen Medien und die Zivilgesellschaft dort** aktiv. Auch die europäische Zivilgesellschaft setzt sich zunehmend für ukrainische Journalisten ein.

Am 25. Februar, einen Tag nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, setzte sich eine Gruppe kleiner europaweiter Medienpartner, darunter die Stiftung „Are We Europe“, ein Ziel: 150 000 EUR als Nothilfefonds für ukrainische Medienorganisationen und einzelne Journalisten aufzubringen. Eine Woche später hatte ihre Kampagne „**Keep Ukraine's Media Going**“ über 1,5 Mio. EUR mobilisiert, zumeist in Form kleinerer Spenden von Tausenden Menschen weltweit. Diese Spenden gehen direkt an ukrainische Journalisten — zur Deckung der Betriebskosten für die Kriegsberichterstattung, für dringend benötigte Ausrüstung oder für neue Büros in sicheren Städten in der Ukraine oder in der EU.

Aber auch innerhalb der EU **stehen Journalisten vor zunehmenden Problemen**. Angesichts des durch Corona beschleunigten technologischen und digitalen Wandels im Medienbereich und der zunehmenden Drohungen und Angriffe auf ihre Person sehen sich viele Journalisten zunehmend in ihrer für die Demokratie immens wichtigen Arbeit behindert. Drei Maßnahmen zur Umkehr dieser Trends wurden bisher umgesetzt oder werden derzeit von der Kommission vorbereitet.

Zum einen legte die Kommission den Mitgliedstaaten im September 2021 Empfehlungen zur Erhöhung der **Sicherheit von Journalisten** – offline und online – vor. Konkret geht es um die Einrichtung unabhängiger nationaler Anlaufstellen, darunter Rechtsberatung und andere Beratungsstellen, psychologische Unterstützung, mehr Schutz von Journalisten bei Demonstrationen und Unterschlupf für bedrohte Journalisten und Medienfachleute.

Zum anderen schlug die Kommission im April 2022 strenge **Rechtsvorschriften zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor rechtsmissbräuchlichen Klagen** vor. So genannte SLAPP-Klagen (strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung) gegen diese Personengruppe können dann zügig abgewiesen werden, womit Äußerungen im öffentlichen Interesse wieder möglich sind.

Und drittens legt die Kommission nun ein **Gesetz über Medienfreiheit** vor. Hierdurch werden gemeinsame Garantien zum Schutz von Medienpluralismus und redaktioneller Unabhängigkeit der Medien erstmals EU-rechtlich verankert. Medienfreiheit, Medienpluralismus und die Sicherheit von Journalisten sind auch Gegenstand der Jahresberichte zur Rechtsstaatlichkeit.

EINE UNION DER GLEICHHEIT

In Wirtschaft, Politik und Gesellschaft können wir unser Potenzial nur mithilfe unserer Fähigkeiten und unserer Vielfalt voll ausschöpfen. Innovation ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Blickweisen. Angesichts der demografischen Entwicklung müssen wir das Potenzial aller Mitglieder unterschiedlicher Gesellschaften ausschöpfen.

Dass alle, die dieselben Ziele verfolgen, auch die gleichen Chancen haben müssen, ist seit Beginn der Amtszeit eine der obersten Prioritäten der Kommission von der Leyen. Die Schaffung einer Welt der Gleichstellung von Mann und Frau ist ein zentrales Ziel, das dem auswärtigen Handeln der EU innewohnt.

Gleichheit und der Kampf gegen Diskriminierung sind zentrale Werte jeder Demokratie. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein EU-Grundwert, der in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankert ist. Inklusion und Vielfalt sind auch gut für Innovation und wirtschaftliche Produktivität. Zehn Jahre nach dem ersten Vorschlag für eine Richtlinie zur **ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in Unternehmensvorständen** erzielten die gesetzgebenden Organe dank neuer Bemühungen der Kommission von der Leyen eine Einigung.

Lohndiskriminierung am Arbeitsplatz ist nach wie vor ein Problem. Daher präsentierte die Kommission im März 2021 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur konsequenteren Anwendung des Grundsatzes **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“** in Form von Lohntransparenz und Durchsetzungsmechanismen. Darüber hinaus hat die Kommission im Rahmen des Programms Horizont Europa das Pilotprojekt **Women TechEU** ins Leben gerufen, das jährlich 130 von Frauen geführte Technologiegründungen unterstützt und so das Innovationsgefälle zwischen den Geschlechtern verringert.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist für zu viele Frauen in der EU nach wie vor eine schreckliche Realität. Im März 2022 schlug die Kommission EU-weite Vorschriften zur **Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen** und häuslicher Gewalt vor. Sowohl Vergewaltigungen aufgrund mangelnder Einwilligung als auch Genitalverstümmelungen bei Frauen sollen unter Strafe gestellt werden. Auch sexuelle Formen von Gewalt im Internet, wozu auch die nicht einvernehmliche Weitergabe intimer Bilder,

Cyber-Stalking, Cyber-Belästigung und Aufstachelung zu Gewalt oder Hass gehören, wären dann strafbar. Die neuen Vorschriften erleichtern den Opfern den Zugang zur Justiz und legen den Mitgliedstaaten nahe, unbürokratischer zu helfen.

Außerhalb der EU hat die **Spotlight-Initiative** der EU und der UNO zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen bemerkenswerten Erfolg verbucht. Mit ihren Kampagnen zur Verhaltensänderung erreichte sie weltweit 130 Millionen Menschen. Sie hat die Verurteilungen wegen geschlechtsspezifischer Gewalt in den teilnehmenden Ländern verdoppelt und tausend lokale und Basisorganisationen für Frauenrechte mit größerer Wirkung und größerem Einfluss ausgestattet. Die Spotlight-Initiative hat selbst und gerade während der Corona-Pandemie dafür gesorgt, dass über 1,6 Millionen Frauen und Mädchen, die geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt waren, vor Ort geholfen werden konnte.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begrüßt die politische Einigung zwischen den gesetzgebenden Organen über eine Richtlinie zur ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in den Vorständen börsennotierter Unternehmen.



Die Kommission arbeitet gemeinsam mit den Mitgliedstaaten an nationalen **LGBTIQ+- und Antirassismus-Aktionsplänen.**

Die EU-Kommission setzt sich für eine pluralistische, geschlechtergerechte und inklusive Gesellschaft ein, in der LGBTIQ+-Personen, Minderheiten oder Menschen mit Behinderungen Gleichbehandlung erfahren. Eine eigens eingerichtete **Gleichstellungs-Taskforce** soll für Gleichstellung in allen Politikbereichen sorgen.

Diskriminierung sollte in der EU keinen Platz haben. Die Kommission arbeitet gemeinsam mit den Mitgliedstaaten an nationalen **LGBTIQ+- und Antirassismus-Aktionsplänen** und veröffentlichte im April bzw. März 2022 entsprechende Leitlinien. Im Dezember 2021 unternahm die Kommission erste



Schritte, um die Liste der EU-Straftatbestände um **Hetze und Hasskriminalität** zu erweitern. Sobald der Rat zustimmt, bietet die Initiative einheitliche Mindestvorschriften für die Festlegung von Straftaten und Strafen mit EU-weiter Geltung. Als Hüterin der Verträge leitet die Kommission **Vertragsverletzungsverfahren bei Verstößen gegen Grundrechte** ein, wie sie beispielsweise bei Verletzungen der LGBTIQ+-Rechte in Ungarn und Polen gezeigt hat.



Anna Ohnweiler ist eine der Gründerinnen von „Omas gegen rechts“ zur Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit.

Für Veränderungen vor Ort sind Maßnahmen auf lokaler Ebene notwendig. So wurde im April 2022 erstmals der Preis „**Europäische Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt**“ zur Würdigung von Städten und Regionen in Europa verliehen, die sich für Inklusion und eine Gesellschaft ohne Diskriminierung und Hass einsetzen. Die **Plattform für Menschen mit Behinderungen** bietet die Möglichkeit, Erfahrungen und bewährte Verfahren auszutauschen, voneinander zu lernen und zusammenzuarbeiten.

Jüdinnen und Juden sind ebenso wie die jüdischen Gemeinschaften in Europa seit über zwei Jahrtausenden Teil der europäischen Zivilisation und damit untrennbarer Bestandteil unserer Identität. Antisemitismus ist mit den Grundwerten Europas unvereinbar, existiert aber leider noch immer. Die im Oktober 2021 beschlossene **EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Pflege jüdischen Lebens** enthält Maßnahmen zur konsequenteren Bekämpfung aller Formen von

Antisemitismus, aber erstmals auch zur Pflege des jüdischen Erbes und der jüdischen Kultur sowie zur Bekämpfung von Antisemitismus über die EU hinaus. Die Mitgliedstaaten arbeiten an nationalen Aktionsplänen, die bis Ende 2022 erstellt werden sollen.

In unserer Gesellschaft gibt es keinen Platz für Gewalt, schon gar nicht für Gewalt gegen Kinder. Am 11. Mai hat die Kommission **neue EU-Rechtsvorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet** vorgeschlagen. Provider müssen künftig Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch aufspüren, melden und entfernen. Ein neues unabhängiges EU-Zentrum gegen Kindesmissbrauch wird in enger Absprache mit den nationalen Strafverfolgungsbehörden, der EU-Agentur zur Zusammenarbeit in der Strafverfolgung und Hilfsorganisationen alles dafür tun, um **Opfer zu retten und ihre Peiniger vor Gericht zu bringen**.

Am selben Tag verabschiedete die Kommission eine neue europäische Strategie für ein **besseres Internet für Kinder**. Abgesehen von zusätzlichen Investitionen in die digitale Bildung von Kindern entwickelt die Kommission gemeinsam mit Interessenträgern Vorschriften für die altersgerechte Gestaltung von Online-Diensten unter aktiver Beteiligung von Kindern. Vorschriften über die Entfernung terroristischer Online-Inhalte sind ebenfalls in Kraft getreten. Diese Standards werden mit unserem Vorzeigegesetz über digitale Dienste im Einklang stehen. Kinder auf der ganzen Welt, nicht nur diejenigen in Europa, werden hierdurch geschützt und mündiger.

Benachteiligung und Ausgrenzung in jungen Jahren wirken sich auf spätere Erfolgchancen von Kindern aus. Die **europäische Garantie für Kinder** will diesen Teufelskreis durchbrechen. Sie bietet den Mitgliedstaaten Orientierungshilfen und Mittel, um bedürftige Kinder zu unterstützen, indem ihnen der Zugang zu Bildung, außerschulischen Aktivitäten, gesunden Schulmahlzeiten und Gesundheitsversorgung garantiert wird. 2022 half die Kommission zehn Mitgliedstaaten, ihre Bildungssysteme inklusiver zu gestalten, indem sie die Inklusion von Kindern mit Behinderungen oder Kindern mit Migrationshintergrund bzw. aus benachteiligten Verhältnissen unterstützte.

Seit Beginn des Ukraine-Krieges haben über **2 Millionen ukrainische Kinder in der Europäischen Union Zuflucht gesucht**. Diese Kinder haben dieselben Rechte und genießen denselben Schutz wie Kinder, die EU-Bürger sind. Es war ergreifend, wie sie überall in den Mitgliedstaaten in den Schulen willkommen geheißen wurden. Diese Kinder verdienen die beste Bildung und Betreuung, damit sie nach dem Krieg nach Hause zurückkehren können, um die Ukraine wieder aufzubauen und sie Richtung Europa zu führen.



Anastasiia Konovalova floh von Odessa nach **Bukarest**, wo sie nun ukrainische Grundschulkinder unterrichtet. Sie ist 30 Jahre alt.

DEMOGRAFIE, LÄNDLICHE GEBIETE UND VIELFALT

Europa hat einen **tiefgreifenden demografischen Wandel** durchlaufen und macht ihn nach wie vor durch. In der EU ist die Lebenserwartung bei der Geburt in den letzten fünf Jahrzehnten um 10 Jahre gestiegen. Diese bemerkenswerte Errungenschaft belegt die Stärke und den Wert unserer sozialen Marktwirtschaft. Gleichwohl wirkt sich die alternde Bevölkerung auf unsere Lebensweise aus. Unser Sozialmodell und unsere Sozialpolitik müssen dem Rechnung tragen.

Daher hat die Kommission zu Beginn ihrer Amtszeit das **Grünbuch über das Altern** angenommen und eine breite öffentliche Debatte über die Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit den langfristigen Auswirkungen der Alterung angestoßen. Dieses Thema betrifft alle Generationen. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation fließen weitgehend in die **europäische Pflegestrategie**, ein, die die Kommission im September 2022 vorlegt.

Europas ländliche Gebiete – sie stehen für knapp 30 % der EU-Bevölkerung und 80 % ihres Territoriums – sind aktive Gestalter des grünen und digitalen Wandels in der EU.



STÄRKERE LÄNDLICHE GEBIETE

Befähigte Gemeinschaften

Besserer Zugang zu Dienstleistungen

Soziale Innovation



VERNETZTE LÄNDLICHE GEBIETE

Stärkere digitale Anbindung

Verkehrsverbindungen und neue Formen der Mobilität



KRISENFESTERE LÄNDLICHE GEBIETE

Ökologische Resilienz

Klimaschutz

Sozialer Zusammenhalt



FLORIERENDE LÄNDLICHE GEBIETE

Breite Aufstellung der Wirtschaft

Höherer Stellenwert von Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft

Die Zukunft Europas hängt auch von den ländlichen Gebieten ab, in denen fast 30 % der EU-Bevölkerung leben (137 Millionen Menschen), und die 80 % der EU-Fläche ausmachen. **Ländliche Gebiete formen aktiv den grünen und digitalen Wandel der EU.**

Die Freiheit, aus der Ferne zu arbeiten oder zu studieren, wird für viele Menschen, die in der EU leben, jetzt schnell Wirklichkeit, was jungen Familien, Unternehmen und ländlichen Gemeinschaften neue Möglichkeiten eröffnet. Innovationen in nachhaltige Landwirtschaft sind nicht nur gut für Mensch und Klima, sondern auch für die Ernährungssicherheit Europas.

Die im Juni 2021 ins Leben gerufene **Langzeitvision für den ländlichen Raum** beschreibt den Weg zu starken, vernetzten, krisenfesten und florierenden ländlichen Gebieten. Im Dezember 2021 wurde ein **Pakt für den ländlichen Raum** aus der Taufe gehoben, der die Stimmen und Ansichten ländlicher Gemeinschaften einbindet. Ein gemeinsam ausgearbeiteter Aktionsplan für den ländlichen Raum soll helfen, die langfristige Vision Wirklichkeit werden zu lassen. So berücksichtigt NextGenerationEU besonders unsere ländlichen Gebiete: Die 25 nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, die der Rat am 30. Juni 2022 angenommen hat, fördern ländliche und abgelegene Gebiete mit rund 14,6 Mrd. EUR, darunter Investitionen und Reformen in Bereichen wie Wiederherstellung der Natur, superschnelles Internet und lokale Eisenbahnen.

Nur mit einer ambitionierten und nachhaltigen EU-Politik für legale Migration können wir Fachkräfte für unsere Unternehmen in Städten und ländlichen Gebieten gewinnen. Im April 2022 legte die Kommission das **Kompetenz- und Fachkräftepaket** vor. Es enthält Legislativvorschläge für mehr Rechte von Wanderarbeitnehmern und eine einfachere Mobilität langfristig Aufenthaltsberechtigter innerhalb der EU. Die Kommission wird einen **EU-Fachkräftepool** einrichten, um ihren Bedarf an Arbeitskräften aus Drittstaaten besser einschätzen und decken zu können. Derzeit wird ein Pilotprojekt mit ukrainischen Flüchtlingen gestartet. Im Sinne einer effizienteren operativen Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern bei der **Abstimmung von Arbeitsmarkt- und Qualifikationsbedarf** richtet die Kommission Fachkräfte-Partnerschaften mit zentralen Partnern ein.

Seit Vorlage des **neuen Migrations- und Asylpakets** durch die Kommission im September 2020 wurden Fortschritte bei der Behandlung der Migrationsfrage insgesamt erzielt. Das Paket vereint ein robustes und faires Grenzmanagement mit wirksamen und



humanen Asyl- und Migrationsvorschriften. Am 2. Juni 2021 präsentierte die Kommission eine neue Strategie zur Stärkung des Schengen-Raums, um das **wirksame Management der EU-Außengrenzen** zu gewährleisten, die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zu verstärken, die Vorsorge und Governance zu verbessern und die Erweiterung des Schengen-Raums abzuschließen. Die **EU-Asylagentur** nahm ihre Tätigkeit im Januar 2022 auf und erhöhte die Unterstützung für die Mitgliedstaaten. Die Aktivierung des Netzwerks für Krisenmanagement-Blaupausen, das eine Einschätzung der jeweiligen Situation und die Frühwarnung im Bereich Migration verbessern soll, hat gezeigt, wie wichtig der Informationsaustausch ist.

JUGEND UND PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE IN EUROPA

In der Corona-Zeit haben junge Menschen einen Großteil ihrer Freiheit für die Gesundheit und Sicherheit anderer geopfert. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes mit gutem Beispiel vorangegangen. In der Rede zur Lage der Union 2021 schlug Präsidentin von der Leyen vor, 2022 zum **Europäischen Jahr der Jugend** zu erklären. Es ist eine Gelegenheit für die Europäische Union, stärker auf junge Menschen zuzugehen, um zu erfahren, was sie fordern und was sie für Europa erträumen.

Die bisherigen Ergebnisse können sich sehen lassen:

- Beteiligung von 27 Mitgliedstaaten, sechs Nicht-EU-Ländern, 30 Generaldirektionen und Dienststellen der Europäischen Kommission und 120 Interessenverbänden;
- Rund 90 Leitinitiativen der Kommission für junge Menschen, Tausende von Aktivitäten und Veranstaltungen, die von den Mitgliedstaaten in ganz Europa und darüber hinaus durchgeführt werden;
- Im Rahmen von Social-Media-Kampagnen wurden Posts zur Sensibilisierung 240 Millionen Mal angezeigt und erreichten 80 % der Europäerinnen und Europäer zwischen 18 und 25 Jahren.



Um besonders bedürftigen oder benachteiligten jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern, hat die Kommission 2022 die Initiative **ALMA** (Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen) ins Leben gerufen. ALMA umfasst betreute Auslandsaufenthalte von 2 bis 6 Monaten in einem anderen EU-Mitgliedstaat. ALMA ergänzt die 2020 eingeführte verstärkte **Jugendgarantie**, zu der sich alle Mitgliedstaaten bekennen, damit jede/m unter 30 innerhalb von vier Monaten nach Verlust des Arbeitsplatzes oder nach Beendigung der Schule eine vernünftige Arbeit oder Weiterbildung oder ein ordentlicher Ausbildungs- oder Praktikumsplatz angeboten wird. Die in vielen EU-Mitgliedstaaten erfolgreiche Jugendgarantie wird auf den Westbalkan ausgeweitet, damit auch dort niemand im Stich gelassen wird.

Wir glauben, dass Europa einen jugendlichen Geist braucht, um die Pandemie zu überwinden und ein neues Kapitel aufzuschlagen. Deshalb geht das Europäische Jahr der Jugend Hand in Hand mit **NextGenerationEU**, in dessen Rahmen in den kommenden Jahrzehnten in eine grünere, stärker digital ausgerichtete und gerechtere Gesellschaft und Wirtschaft investiert wird.

Um junge Menschen in die EU-Politikgestaltung einzubeziehen, hat die Kommission 2022 in engem Kontakt mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten, regionalen und lokalen Behörden, Jugendorganisationen und jungen Menschen aus Europa verschiedene Aktivitäten koordiniert. Ein Drittel der Bürgerforen der **Konferenz zur Zukunft Europas** bildeten junge Menschen (zwischen 16 und 25).

Das Jahr 2022 würdigte auch das 10-jährige Bestehen der Europäischen Bürgerinitiative. Seit Mitte September 2021 hat die Kommission **zehn neue europäische**

Bürgerinitiativen für zulässig erklärt, bei denen es um bessere Arbeitsbedingungen in der Textilbranche, die Besteuerung umweltfreundlicher Produkte oder weiter gefasste Tierrechte geht. In diesem Zeitraum haben drei Initiativen über eine Million Unterschriften gesammelt, die von nationalen Behörden geprüft werden müssen:

- Abtrennen von Flossen und Handel damit stoppen!
- Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt!
- Für den Schutz kosmetischer Mittel ohne Tierquälerei und ein Europa ohne Tierversuche!

Die Kommission setzt sich für Transparenz und Legitimität des EU-Beschlussfassungsverfahrens ein. Insbesondere sollen Europäerinnen und Europäer und die Zivilgesellschaft stärker an der Politikgestaltung beteiligt werden. Die Öffentlichkeit und Interessenträger können sich über das Portal **„Ihre Meinung zählt“** während des gesamten politischen Entscheidungsprozesses – von den ersten Ideen der Kommission bis hin zur Annahme der Initiativen durch die Kommissionsmitglieder – online einbringen.

Um das Konsultationsverfahren weiter zu vereinfachen, führte die Kommission im November 2021 eine einzige Sondierung ein, die früher in zwei Schritten erfolgte. Das wurde nun in alle EU-Sprachen übersetzt, um eine maximale Beteiligung der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Entsprechend der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurden Konsultationen auch für **Menschen mit Behinderungen leichter zugänglich**. Von Beginn der Konsultationen an sind einschlägige wissenschaftliche Forschungsarbeiten erwünscht.

Um breit über die Möglichkeiten einer Beteiligung an der Politikgestaltung via soziale Medien zu informieren, arbeitet die Kommission eng mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Europäischen Ausschuss der Regionen, den Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten, nationalen Behörden und anderen repräsentativen Verbänden zusammen. Insgesamt hat die Kommission über mehr als 5000 Feedback-Kanäle über drei Millionen Beiträge



erhalten. Seit der Rede zur Lage der Union 2021 hat die Kommission knapp **600 000 Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Interessenträgern** zu mehr als 800 ihrer politischen Initiativen erhalten.

BÜRGERINNEN UND BÜRGER GESTALTEN DAS EUROPA VON MORGEN

Vom 9. Mai 2021 bis zum 9. Mai 2022 erreichte die Europäische Union Hunderttausende Europäerinnen und Europäer, die nie damit gerechnet hätten, in die Entscheidungsfindung unserer Union einbezogen zu werden. Die **Konferenz zur Zukunft Europas** war eine einzigartige Gelegenheit, partizipative Demokratie zu leben. Der Abschlussbericht der Konferenz, der **49 Vorschläge und 326 konkrete Maßnahmen** enthält, wurde den Spitzen der drei EU-Organe am 9. Mai 2022 vorgelegt. Er spiegelt die Beratungen des Konferenzplenums wider, in dem Bürger/innen, gewählte Vertreter der EU, der nationalen, regionalen und lokalen Ebene, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft saßen.

Über 750 000 Teilnehmende brachten knapp 19 000 Ideen vor und erörterten sie über eine mehrsprachige Online-Plattform. Diese eigens für die Konferenz konzipierte **Plattform der deliberativen Demokratie** wurde von über 5 Millionen Menschen besucht und steht in **allen 24 Amtssprachen der EU** zur Verfügung. Eine automatische maschinelle Übersetzung ermöglichte einen problemlosen Austausch zwischen Nutzerinnen und Nutzern über die Grenzen hinweg. Im Sinne vollständiger Transparenz wurden alle Verfahren veröffentlicht. Die Plattform dient somit als Archiv der Abläufe.

Die Konferenz zur Zukunft Europas gab den Bürgerinnen und Bürgern aus allen Gesellschaftsschichten ein größeres Mitspracherecht in Bezug auf das Europa von morgen.



Die Jugendreferentinnen Levene Nijman und Leah Corsmit radelten für das Europäische Solidaritätskorps von Groningen im Norden der **Niederlande** bis nach Brüssel. Sie hielten Gastvorträge über die EU und sprachen mit über 800 jungen Menschen, um Ideen für das Europa von morgen zu sammeln.

Die gut 6500 Konferenz-Veranstaltungen liefen in unterschiedlichen Formaten ab — von nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerforen bis hin zu **zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit**, oft in Zusammenarbeit mit nationalen, regionalen und lokalen Behörden. Ein solch breit angelegtes Projekt war **Untold Stories**, das Ansichten und Geschichten von Menschen in Ländern, die europaweit unterrepräsentiert sind, hervorheben will. In sieben interdisziplinären Workshops in sieben europäischen Ländern arbeiteten junge Journalisten und Aktivisten an einer Plattform zum Eintauchen in regionale Multimedia-Geschichten und ihren Wert für unsere gemeinsame Zukunft.



Das Herzstück der Konferenz war die Arbeit von 800 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern in den vier **europäischen Bürgerforen**. Ein Drittel der Teilnehmer war zwischen 16 und 25, was eine erhebliche Beteiligung junger Menschen an der Konferenz garantierte. An drei Wochenenden **erörterten sie intensiv** die auf der Plattform eingegangenen Beiträge sowie **Lösungsvorschläge** für die aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union. Aufgrund des Erfolgs dieser innovativen Form des Austauschs erhalten Bürgerforen künftig Zeit und Mittel, um Empfehlungen abzugeben, bevor die Kommission wichtige Legislativvorschläge vorlegt.

Im Juni 2022 legte die Kommission vier Arbeitsbereiche fest, um **auf die Vorschläge der Konferenz zu reagieren**. Zum einen bestehende Initiativen, die sich mit den Vorschlägen befassen (z. B. das Europäische Klimagesetz); zum anderen Initiativen, die schon von der Kommission vorgeschlagen wurden und nun von Parlament und Rat in Recht gegossen werden müssen (z. B. das neue Migrations- und Asylpaket); drittens geplante Initiativen zur Umsetzung der Ideen unter Berücksichtigung neuer Impulse aus der Konferenz (z. B. das Gesetz über Medienfreiheit) und viertens durch die Vorschläge angeregte neue Initiativen oder Tätigkeitsfelder im Zuständigkeitsbereich der Kommission (z. B. Fragen der psychischen Gesundheit).

Die ersten neuen Vorschläge werden im September 2022 im Zusammenhang mit **Präsidentin von der Leyens Rede zur Lage der Union** angekündigt. Diese Vorschläge werden in das Arbeitsprogramm der Kommission für 2023 aufgenommen. So will die Kommission sicherstellen, dass Reformmaßnahmen und Diskussionen über notwendige Vertragsänderungen einander nicht ausschließen, sich auf das derzeit Machbare konzentrieren und gleichzeitig, wo nötig, offen für Vertragsänderungen bleiben.

Eine für Herbst 2022 geplante **Feedback-Veranstaltung** soll die Konferenzteilnehmer/innen auf dem Laufenden halten und die Dynamik aufrechterhalten. Sie soll Gelegenheit bieten, über die geplanten Folgemaßnahmen der drei EU-Organen zu berichten und die bisherigen Fortschritte zu bilanzieren. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben sich gemeinsam verpflichtet, die Konferenzvorschläge in völliger Transparenz innerhalb ihres eigenen Zuständigkeitsbereichs und im Einklang mit den Verträgen weiterzuverfolgen.

Agnisciis abo. Magnimolum ut hit utatect orecatio. Consequam lab in est, eaquam et earcili caeptur sandi aspitass perunt.

Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, Dubravka Suica, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, und Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, bei der Abschlussveranstaltung der Konferenz zur Zukunft Europas.





--- **ZEITLEISTE**

**LAGE
DER
UNION
2022**

SEPTEMBER 2021

15.9.

Die EU-Kommission nimmt die Mitteilung über das **Neue Europäische Bauhaus** an, die den Rahmen, die Grundsätze und die zentralen Maßnahmen darlegt, die die Initiative voranbringen sollen.



16.9.

Die Kommission schlägt einen **Weg in die digitale Dekade** zur Verwirklichung des digitalen Wandels in der EU bis 2030 vor.

16.9.

Die Kommission nimmt ihre erste **Empfehlung zur Sicherheit von Journalisten** an.



16.9.

Die Kommission richtet die neue **europäische Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion in gesundheitlichen Notlagen (HERA)** ein, um Gesundheitskrisen zu verhüten, zu erkennen und rasch darauf zu reagieren.



22.9.

Die Kommission beschließt eine **umfassende Überprüfung der EU-Versicherungsvorschriften**, damit Versicherungsunternehmen langfristiger investieren können, und der Versicherungs- und Rückversicherungssektor krisenfester wird.



16.9.

Im Sinne von mehr Handel, Investitionen und Vernetzung regt die EU eine engere **Partnerschaft mit der indopazifischen Region** an.

29.9.

Die Kommission nimmt die **Mitteilung über europäische Missionen** an, die zentrale Themen in den Bereichen Gesundheit, Klima und Umwelt angehen und hochgesteckte Ziele in diesen Bereichen erreichbar machen soll.

OKTOBER 2021

12.10.

Zur Finanzierung einer nachhaltigen Erholung begibt die Kommission die **erste grüne Anleihe**.

13.10.

Die Kommission und der Hohe Vertreter/Vizepräsident Josep Borrell präsentieren ein **Konzept in Bezug auf** ein stärkeres Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und wohlhabende **Arktis**.

28.10.

Das von der Kommission vorgeschlagene **erweiterte Mandat der Europäischen Arzneimittel-Agentur** tritt in Kraft.

5.10.

Die Kommission legt die erste **EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Pflege jüdischen Lebens** vor.

27.10.

Die Kommission beschließt eine **Überprüfung der EU-Bankenvorschriften**, um die Banken in der EU besser gegen mögliche wirtschaftliche Schocks zu wappnen und gleichzeitig etwas für die Erholung Europas von Corona und die angestrebten Klimaneutralität zu tun.

NOVEMBER 2021

2.11.

Bei der COP-26-Klimakonferenz sagt die Kommission **1 Mrd. EUR für den weltweiten Schutz der Wälder** zu.



17.11.

Die Kommission verabschiedet neue **Vorschläge für ein Ende der Entwaldung, für Innovationen in eine nachhaltige Abfallbewirtschaftung und für gesunde Böden** zum Wohl von Mensch, Umwelt und Klima.



19.11.

TAIEX (das Programm der Kommission für technische Hilfe und Informationsaustausch) **feiert sein 25-jähriges Bestehen**. Seit der Gründung haben über 40 000 Sachverständige aus der EU öffentliche Verwaltungen in der EU und weltweit in digitalen, ökologischen und gesundheitlichen Fragen beraten.



25.11.

Die Kommission schlägt **neue Maßnahmen vor, damit Unternehmen EU-weit leichter Kapital aufnehmen können**, und damit die Menschen in der EU das Optimale für ihre Ersparnisse und Investitionen erhalten.



13.11.

Politische Einigung über **erweiterte Befugnisse des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten**, insbesondere in den Bereichen Überwachung, Frühwarnung, Vorsorge und Reaktion.

18.11.

In ihrer **Mitteilung über eine Wettbewerbspolitik, die auf neue Herausforderungen gefasst ist**, legt die Kommission die zentrale Rolle der Wettbewerbspolitik für Europas Erholung, den grünen und digitalen Wandel und einen krisenbeständigen Binnenmarkt dar.



25.11.

Die Kommission erlässt **neue Gesetze über politische Werbung, Wahlrechte und Parteienfinanzierung**, die für faire Wahlen und einen offenen demokratischen Diskurs sorgen sollen.

26.11.

Beim **ASEM-Gipfel** bekräftigen die EU und Asien ihre Partnerschaft und ihr gemeinsames Engagement für eine wirksamere Erholung von der Pandemie.

DEZEMBER 2021

1.12.

Die EU startet mit **Global Gateway** eine neue Strategie zum Ausbau intelligenter, sauberer und sicherer Verbindungen in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr und zur Stärkung der Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme weltweit.



1.12.

Die Kommission ebnet den Weg für eine **weitere Digitalisierung der EU-Justizsysteme**, was sie zugänglicher und effizienter machen soll.

8.12.

Beim Gipfel „Ernährung für Wachstum“ sagt die **Kommission 2,5 Mrd. EUR** für den Zeitraum 2021-2024 zu.



8.12.

Die Kommission schlägt ein **neues Instrument vor, um dem bewussten wirtschaftlichen Druck** durch Nicht-EU-Länder **entgegenzuwirken**.

9.12.

Die Kommission regt an, die Liste der EU-Straftatbestände um **Hetze und Hasskriminalität** zu erweitern.



9.12.

Die Kommission präsentiert **einen Aktionsplan vor, damit die europäische Sozialwirtschaft** sowohl ihr wirtschaftliches Potenzial als auch ihren Beitrag zu einer fairen und inklusiven Erholung von Corona nutzen kann.

9.12.

Die Kommission schlägt vor, die **Arbeitsbedingungen von Menschen, die für Online-Plattformen arbeiten, zu verbessern**, und veröffentlicht einen Entwurf von Leitlinien zur Anwendung von Wettbewerbsregeln auf Tarifverträge durch Solo-Selbstständige.



14.12.

Mit Blick auf eine sauberere, umweltfreundlichere und intelligenter Mobilität regt die Kommission eine **Modernisierung des EU-Verkehrssystems** an.



14.12.

Die Kommission schlägt **neue Vorschriften vor, um den Schengen-Raum ohne Kontrollen an den Binnengrenzen krisenbeständiger zu machen**.

15.12.

Eine **neue Kommissionsstrategie für ein digitales Finanzwesen** ebnet den Weg für eine moderne und straffe Datenmeldung an die Aufsichtsbehörden.



15.12.

Die **EU und Moldau** unterzeichnen eine Finanzhilfvereinbarung im Umfang von 60 Mio. EUR, damit Moldau seine schwere Gaskrise übersteht.



21.12.

Als Teil des umfassenderen Beitrags der EU zur Friedenskonsolidierung wird eine neue Politik zur Unterstützung der **Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten** vorgeschlagen.



15.12.

Die Kommission schlägt einen **neuen EU-Rahmen zur Dekarbonisierung der Gasmärkte, zur Förderung von Wasserstoff und zur Verringerung der Methanemissionen** vor.

16.12.

Beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft wird eine **erneuerte Agenda für Aufbau und Resilienz** vorgelegt.

22.12.

Die Kommission schlägt eine **rasche Umsetzung der internationalen Vereinbarung** über Mindestbesteuerung multinationaler Unternehmen vor.

JANUAR 2022

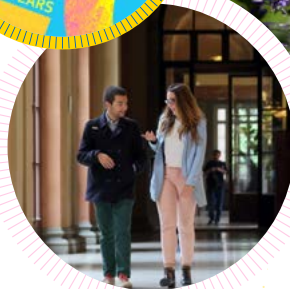
1.1.

Der Euro ist seit 20 Jahren in unseren Geldbörsen. Das **Europäische Jahr der Jugend** wird eingeläutet.



18.1.

Im Hochschulbereich verabschiedet die Kommission zwei **neue Initiativen, um Universitäten in der EU** durch eine engere transnationale Zusammenarbeit **zukunfts-fähig zu machen**.



14.1.

Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum **Lernen für ökologische Nachhaltigkeit** an.



18.1.

Die Kommission veröffentlicht ein **Instrumentarium, das ausländische Einmischungen in Forschung und Innovation** abmildern soll.

26.1.

Die Kommission legt eine **Erklärung zu digitalen Rechten und Grundsätzen** für alle in der EU vor.



27.1.

Die Kommission nimmt **neue Leitlinien für staatliche Beihilfen in den Bereichen Klima, Umweltschutz und Energie** an.

FEBRUAR 2022

1.2.

Die Kommission schlägt ein **Soforthilfepaket mit Makrofinanzhilfen für die Ukraine** in Höhe von 1,2 Mrd. EUR vor.

2.2.

Die Kommission schlägt eine **Normungsstrategie** vor, die einen neuen Ansatz darstellt für eine weltweite Vorreiterrolle der EU-Normen zur Förderung von Werten und eines krisenfesten, grünen und digitalen Binnenmarkts.

15.2.

Die EU initiiert ein **satellitengestütztes Konnektivitätssystem** und fördert Maßnahmen zum Weltraumverkehrsmanagement für ein stärker digitalisiertes und widerstandsfähigeres Europa.

15.2.

Die Kommission legt **Maßnahmen vor, mit denen sie zur europäischen Verteidigung beitragen, Innovationen fördern und strategischen Abhängigkeiten begegnen will**. Diese neuen Initiativen stellen konkrete Schritte dar auf dem Weg zu einem stärker integrierten und wettbewerbsfähigeren europäischen Verteidigungsmarkt, insbesondere durch eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der EU.

2.2.

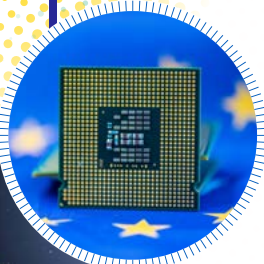
Die Kommission genehmigt grundsätzlich einen **ergänzenden delegierten Rechtsakt zum Klimaschutz**, der einen schnelleren Übergang von festen oder flüssigen fossilen Brennstoffen einschließlich Kohle zu einer klimaneutralen Zukunft ermöglicht.

8.2.

Die Kommission schlägt ein umfassendes Maßnahmenpaket vor, um die Krisenfestigkeit, die technologische Führungsrolle und die Versorgungssicherheit der EU im Bereich der **Halbleitertechnologien und -anwendungen** zu sichern.

17./18.2.

Auf dem **Gipfeltreffen der Afrikanischen Union und der EU** in Brüssel stellen die Staats- und Regierungschefs eine gemeinsame Vision für 2030 auf, die mit dem **Investitionspaket Afrika-Europa** in Höhe von 150 Mrd. EUR unterstützt wird.



23.2.

Die Kommission schlägt ein **neues EU-Datengesetz** vor, das für alle Bereiche der Wirtschaft regelt, wer in der EU generierte Daten nutzen und auf diese Daten zugreifen kann. Das neue Gesetz soll Fairness im digitalen Umfeld gewährleisten und Chancen für datengesteuerte Innovation eröffnen.

23.2.

Die Kommission schlägt eine neue **Richtlinie über Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen** vor, mit der Vorschriften zur Achtung der Menschenrechte und der Umwelt in globalen Wertschöpfungsketten festgelegt werden.

25.2.

Die EU verhängt **als Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine weitere personenbezogene und wirtschaftliche Sanktionen**. Dieses zweite Sanktionspaket umfasst die Bereiche Finanzen, Energie, Verkehr und Technologie sowie die Visumpolitik.



19.2.

Nach einem Hilfsersuchen der Ukraine angesichts der Eskalation der Bedrohungen durch Russland **aktiviert** das Europäische Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen **das Katastrophenschutzverfahren der EU**. Bis Juni wurden aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten, der Türkei, Norwegen und Nordmazedonien mehr als 35 000 Tonnen Hilfsgüter an die Ukraine geliefert.

23.2.

Die EU vereinbart ein **erstes Sanktionspaket als Reaktion auf Russlands Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk** als unabhängige Gebiete und auf den Beschluss, russische Truppen in diese Gebiete zu entsenden.

28.2.

Die EU beschließt ein **drittes Sanktionspaket gegen Russland**.

MÄRZ 2022

2.3.

Die Kommission schlägt vor, **die Richtlinie über vorübergehenden Schutz zu aktivieren**, um Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, rasch und wirksam zu helfen.

9.3.

Die Kommission richtet im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens einen **Solidaritätsmechanismus für den Transfer von Flüchtlingen aus medizinischen Gründen** innerhalb der EU ein.

11.3.

Die **Taskforce „Freeze and Seize“** wird von der Kommission eingerichtet, um die wirksame Umsetzung der EU-Sanktionen gegen gelistete russische und belarussische Oligarchen im gesamten EU-Gebiet sicherzustellen.

16.3.

Die Kommission schlägt **Änderungen an der Verordnung über Zentralverwahrer** vor, um die Abwicklungsmärkte in der EU effizienter zu machen und zugleich die Finanzstabilität zu bewahren – ein Schlüsselement des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion von 2020.



8.3.

Die Kommission schlägt **die Initiative zum Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa**, vor, um es den Mitgliedstaaten und Regionen zu ermöglichen, Menschen zu unterstützen, die vor der Invasion der Ukraine durch Russland fliehen.

8.3.

Die Kommission schlägt **EU-weite Vorschriften zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** vor.

9.3.

Angesichts der Lage in der Ukraine und als Reaktion auf die Beteiligung von Belarus an dem Angriff verhängt die EU **weitere gezielte Sanktionen**.

15.3.

Die EU verhängt ein **viertes Paket wirtschaftlicher und personenbezogener Sanktionen** infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine.

21.3.

Die EU vereinbart einen **strategischen Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung** in den nächsten zehn Jahren.

22.3.

Die Kommission richtet eine **zentrale Anlaufstelle zur Unterstützung ukrainischer Forschender** ein.

23.3.

Die Kommission schlägt als **Optionen zur Abfederung der hohen Energiepreise** gemeinsame Gasbeschaffung und Verpflichtung zur Mindestbevorratung vor.

23.3.

Die Kommission nimmt **einen befristeten Krisenrahmen an, damit die Mitgliedstaaten den in den Beihilfavorschriften vorgesehenen Spielraum nutzen können**, um die Wirtschaft infolge der Invasion der Ukraine durch Russland zu stützen.

25.3.

Die Kommission und die Vereinigten Staaten teilen eine grundsätzliche Einigung auf einen **neuen transatlantischen Datenschutzrahmen** mit, der den transatlantischen Datenfluss fördern wird.

30.3.

Im **Bereich der Kreislaufwirtschaft** werden neue Vorschriften vorgeschlagen, um nachhaltige Produkte in der EU zur Norm zu machen, kreislauforientierte Geschäftsmodelle zu verbessern und die Verbraucher beim grünen Wandel zu stärken.



22.3.

Der erste Tag der Anwendbarkeit der **Verordnung über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt**, die den Weg für ein neues EU-weites System auf freiwilliger Basis ebnet, das den Menschen bei ihrer Altersvorsorge helfen soll.

23.3.

Die Kommission legt vor dem Hintergrund steigender Lebensmittelpreise und Betriebsmittelkosten **Maßnahmen zur Verbesserung der weltweiten Ernährungssicherheit** und zur Unterstützung der Landwirte und Verbraucher in der EU vor.

24.3.

Parlament und Rat erzielen eine **politische Einigung über das Gesetz über digitale Märkte**. Es wird **faire, offene und bestreitbare digitale Märkte** sicherstellen, damit digitale Unternehmen im Binnenmarkt wachsen und weltweit konkurrieren können.

28.3.

Die Kommission nimmt eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten an, im Zusammenhang mit der russischen Invasion der Ukraine unverzüglich Maßnahmen in Bezug auf **Staatsbürgerschafts- und Aufenthaltsregelungen für Investoren** zu ergreifen.

APRIL 2022

6.4.

Die EU ergreift **Maßnahmen zur Unterstützung der afrikanischen Sahelzone und des Tschadseebeckens** mit insgesamt 554 Mio. EUR, die sowohl zur Bewältigung der akuten Ernährungsunsicherheit als auch zur Verbesserung der langfristigen Nachhaltigkeit der Lebensmittelsysteme eingesetzt werden sollen.



6.4.

Angesichts der Auswirkungen des Angriffs Russlands auf die Ukraine kündigt die EU ein Hilfspaket über 225 Mio. EUR an, mit dem **Ernährungssicherheit und Krisenfestigkeit im Nahen Osten und in Nordafrika gestützt** werden sollen.

8.4.

Die EU nimmt ein **fünftes Sanktionspaket gegen Russland** als Reaktion auf den brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung an.



8.4.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Hohe Vertreter Josep Borrell besuchen die Ukraine und treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zusammen. Präsidentin von der Leyen übergibt den EU-Fragebogen.

9.4.

Mit der **weltweiten Geberkonferenz** und Kampagne „**Stand Up for Ukraine**“ werden 9,1 Mrd. EUR für Menschen mobilisiert, die vor der russischen Invasion entweder innerhalb der Ukraine oder ins Ausland fliehen, darunter 1 Mrd. EUR von der Europäischen Kommission. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sagt ebenfalls 1 Mrd. EUR zu.



20.4.

Die EU schreibt **30 Jahre humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz** ein, wobei sie Menschen in Notsituationen auf der ganzen Welt geholfen hat.



23.4.

Parlament und Rat erzielen eine **politische Einigung über das Gesetz über digitale Dienste**. Mit dem Gesetz wird ein völlig neuer Standard für die Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen festgelegt, mit dem Internetnutzer und ihre Grundrechte besser geschützt werden.

25.4.

Präsidentin von der Leyen und Narendra Modi, Premierminister Indiens, gründen den **Handels- und Technologierat EU-Indien**.



26.4.

Team Europa verstärkt seine **Unterstützung für die von Dürre betroffenen Länder am Horn von Afrika**, wobei die EU und ihre Mitgliedstaaten insgesamt 633 Mio. EUR zur Verbesserung der Ernährungssicherheit bereitstellen.



27.4.

Die Kommission schlägt eine **Politik der legalen Migration** vor. Diese umfasst Initiativen, die der Wirtschaft der EU zugutekommen, die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern stärken und das Migrationsmanagement insgesamt langfristig verbessern werden.



25.4.

Die Kommission schlägt vor, das **Mandat der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zu stärken**, um Beweise für Kriegsverbrechen zu sammeln und zu sichern und in dieser Hinsicht mit internationalen Gerichten zusammenzuarbeiten.

27.4.

Die Kommission schlägt einen **EU-Rechtsakt und eine Empfehlung vor, um gegen missbräuchliche Klagen** gegen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger vorzugehen.

28.4.

Die EU und internationale Partner legen **Erklärung zur Zukunft des Internets** vor.



MAI 2022

3.5.

Die Kommission startet den **europäischen Gesundheitsdatenraum**. Er wird die Menschen in die Lage versetzen, ihre Gesundheitsdaten in ihrem Heimatland oder in anderen Mitgliedstaaten zu kontrollieren und zu nutzen, und einen echten Binnenmarkt für digitale Gesundheitsdienste und -produkte fördern.



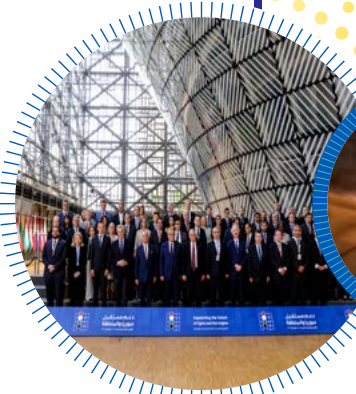
9.5.

Die Konferenz zur Zukunft Europas schließt ihre Arbeit ab. Diese einjährige Reise, die geprägt war von Gesprächen, Debatten und der Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik, gipfelte in 49 Vorschlägen und mehr als 320 Folgemaßnahmen, die die EU-Institutionen ergreifen sollen.



9./10.5.

Die EU richtet die **6. Brüsseler Konferenz „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“** aus, auf der Hilfszusagen für Syrer und Aufnahmegemeinschaften in den Nachbarländern in Höhe von insgesamt 6,4 Mrd. EUR für die Zeit ab 2022 gegeben werden. Von diesen Zusagen kommen mehr als 4,8 Mrd. EUR von der EU, davon über 3,1 Mrd. EUR von der Kommission.



10.5.

Es wird eine politische Einigung über die **Verordnung über die Betriebsstabilität digitaler Systeme**, erzielt, mit der die Widerstandsfähigkeit unseres Finanzsystems gegen Cyberangriffe und andere digitale Risiken gestärkt wird.

11.5.

Die Kommission schlägt **neue EU-Rechtsvorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet** vor.

11.5.

Die Kommission schlägt Steueranreize für Eigenkapital vor, um das **Wachstum von Unternehmen zu fördern und sie stärker und krisenfester zu machen**.



12.5.

Auf dem **zweiten COVID-19-Weltgipfel** sagt die Kommission zu, die schnellere Bereitstellung und Nutzung von Impfstoffen sowie weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 in Afrika mit weiteren 400 Mio. EUR zu unterstützen.

12.5.

In Tokio findet der 28. **EU-Japan**-Gipfel statt. Beide Seiten bekräftigen ihre engen und umfassenden Beziehungen und gründen eine digitale Partnerschaft.

**12.5.**

Die Kommission schlägt vor, **Solidaritätskorridore** zur Erleichterung der Agrarexporte aus der Ukraine einzurichten.

**13.5.**

Eine politische Einigung über **neue Vorschriften zur Cybersicherheit von Netz- und Informationssystemen** wird erzielt. Damit wird sichergestellt, dass Privatpersonen und Unternehmen geschützt werden und grundlegenden Diensten vertrauen können.

**18.5.**

Die EU legt den **REPowerEU-Plan** vor, um die Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen schnell abzubauen und den grünen Wandel zu beschleunigen.

18.5.

Die Kommission und der Hohe Vertreter legen eine **Analyse der Investitionslücken im Verteidigungsbereich** vor und schlagen Maßnahmen und Aktionen vor, die erforderlich sind, um die industrielle und technologische Basis Europas im Verteidigungsbereich zu stärken.

**18.5.**

Die EU präsentiert eine **strategische Partnerschaft mit den Golfstaaten** mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit dem Golf-Kooperationsrat und seinen Mitgliedstaaten auszuweiten und zu vertiefen.

18.5.

Die Kommission stellt Pläne für EU-Sofortmaßnahmen zur Deckung des **Finanzbedarfs und zum längerfristigen Wiederaufbau der Ukraine** vor.

**23.5.**

Die Kommission nimmt einen **Notfallplan für den Verkehrssektor** an, in dem konkrete Maßnahmen dargelegt werden, um diesen Sektor in der EU in Krisenzeiten zu schützen.

**25.5.**

Die Kommission schlägt **Vorschriften vor zur Bestrafung von Verstößen gegen Sanktionen** und zur Beschlagnahme bzw. Einziehung von Vermögenswerten von Personen, die Sanktionen unterlaufen, und anderen Straftätern.

JUNI 2022

3.6.

Die EU einigt sich auf ein **sechstes Sanktionspaket gegen Russland**, einschließlich eines Verbots für die meisten Öl-Importe aus Russland.

16.6.

Auf der Grundlage der Leitlinien der Kommission vom Mai 2021 wird ein **neuer Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation** vereinbart.

23.6.

Die Staats- und Regierungsspitzen der EU gewähren der **Ukraine** und **Moldau** den Kandidatenstatus. Darüber hinaus eröffnen sie Georgien eine europäische Perspektive.

24.6.

Die EU stellt die erneuerte Agenda für die **internationale Meerespolitik** vor.

30.6.

Kommissionspräsidentin von der Leyen und die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern verkünden den Abschluss der Verhandlungen über ein **umfassendes Handelsabkommen**.



7.6.

Eine politische Einigung wird erzielt über einen Vorschlag zur **ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in Vorständen von Unternehmen**.

22.6.

Die Kommission nimmt Vorschläge an, um **die Natur Europas** bis 2050 **wiederherzustellen** und den **Einsatz von Pestiziden** bis 2030 um 50 % **zu halbieren**.

23.6.

Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU und des Westbalkans im Vorfeld des Europäischen Rates in Brüssel.

30.6.

Das Parlament und die EU-Mitgliedstaaten erzielen eine politische Einigung über eine neue Verordnung zur Bekämpfung von Verzerrungen durch **drittstaatliche Subventionen auf dem Binnenmarkt**.

30.6.

Die beiden gesetzgebenden Organe erzielen eine Einigung über die europäische Verordnung über Kryptowerte. Dieser neue Rechtsrahmen **schützt Verbraucher, Marktintegrität und Finanzstabilität** und ermöglicht gleichzeitig weitere Innovationen im Krypto-Sektor.

JULI 2022

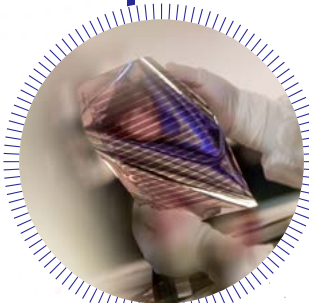
1.7.

Die **neuen Roaming-Vorschriften** treten rechtzeitig in Kraft, damit „Roaming zu Inlandspreisen“ weiterhin genutzt werden kann.



5.7.

Die Kommission nimmt eine **neue Europäische Innovationsagenda** an, um Europa an der Spitze der neuen Welle von technologieintensiven Innovationen und Start-up-Unternehmen zu positionieren.



13.7.

Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022: Die Kommission richtet spezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.



19.7.

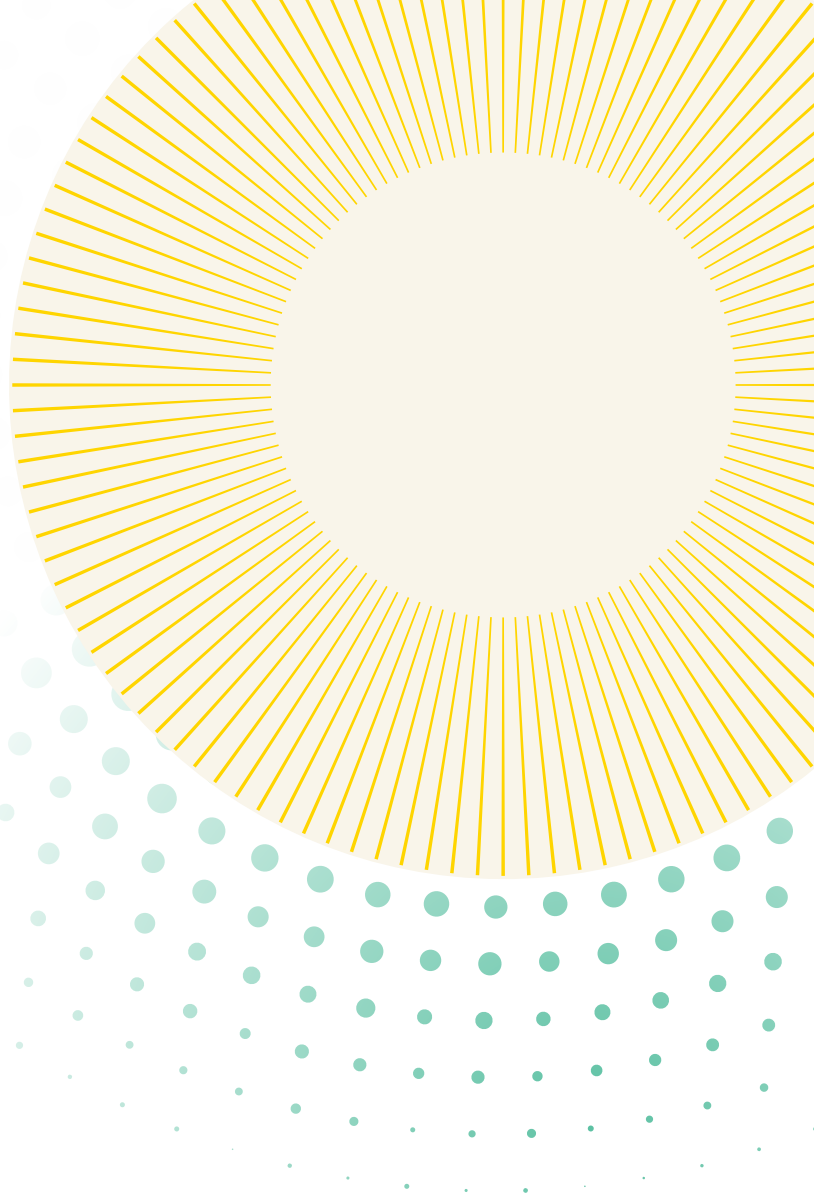
Die Europäische Union nimmt **Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien** auf.



20.7.

Die Kommission präsentiert den Vorschlag „**Gaseinsparungen für den Winter**“, ein neues Rechtsinstrument und ein Plan zur Senkung der Gasnachfrage, um die EU auf Lieferstopps vorzubereiten.





Die Europäische Kommission haftet nicht für die Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.

© Europäische Union, 2022



Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt. Sofern nicht anders angegeben, darf dieses Dokument unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – 4.0 International“ (CC-BY 4.0) weiterverwendet werden (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Das bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird, und etwaige Änderungen angegeben werden.

Zur Verwendung oder Vervielfältigung von Teilen, die nicht Eigentum der Europäischen Union sind, muss die Genehmigung möglicherweise direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eingeholt werden.

Die Europäische Union besitzt keine Urheberrechte in Bezug auf folgende Elemente:

- S. 5: Geschäft „Puławska 20“ in Warschau, Polen – © Konrad Smoleński;
- S. 6: Kiril Slavov aus Sofia – © Vihren Georgiev;
- S. 10: Solarpaneele und Windkraftanlagen – Quelle: AdobeStock;
Ingenieur und junger Techniker – Quelle: AdobeStock;
Wasserstoffpipeline – Quelle: AdobeStock;
Moderne Biogasanlage – Quelle: AdobeStock;
Arbeiter, Solardachanlage – Quelle: AdobeStock;
- S. 13: Nadia Dobrianska daheim in Blackrock, Cork, Irland – © John Allen;
- S. 15: Mykola Kharytonov – © Marc Llibre Roig;
- S. 20: Adam King daheim in Youghal, County Cork, Irland – © John Allen;
- S. 27: Collage aus Apfelbäumen und Traktor, Quelle: AdobeStock;
- S. 28: Bosco Verticale, Mailand, Italien – Quelle: Unsplash;
Maria Teresa Ferres – © Marc Llibre Roig;

- S. 33: Architekt – © Emmanuel Ikwuegbu, Unsplash;
Sitzender Mann – © Rayul, Unsplash;
Person in einem Tunnel in Zürich – © Ricardo Gomez Angel, Unsplash;
- S. 34: Webplattformteam „Ukraine-Hilfe“ – © Marian Curcuta;
- S. 35: Mann beim Pflanzen eines Baumes – Quelle: © EU;
- S. 36: Windrad – Quelle: © EU;
Sattlerin – Quelle: Shutterstock;
- S. 39: Porträt des in der Ukraine getöteten französischen Journalisten
Frédéric Leclerc-Imhoff – © Bertrand Guay/AFP, Getty Images;
- S. 41: Anna Ohnweiler – © Christoph Ohnweiler;
- S. 42: Anastasiia Konovalova – © Ioana Moldovan;
- S. 45: Leverne Nijman und Leah Corsmit – © Christophe Licoppe.
- S. 48: Bosco Verticale, Mailand, Italien – © Daniel Seßler, Unsplash;
- S. 49: Inuit-Häuser – Quelle: iStock;
- S. 53: Sentinel 1 – © ESA.

Icons-Quellen – Flaticon und AdobeStock

